

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Preis des Bots. 418.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Telephon 1

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich, Abends (außer an Sonntagen und Festtagen) mit dem Datum des betreffenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 60, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 1,50. Monatspreis 50 Pf. Postgebühren M. 4009 u. 6. Nachtrag.

Die Anzeigergebühren betragen für die viergespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pf., für sechs gespaltene 20 Pf., auswärtige Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Kr. 39. Mittwoch, den 16. Februar 1898. 5. Jahrgang.

## Hierzu eine Beilage

### Der Zola-Prozess.

Paris, 11. Februar.

Um 11 1/2 Uhr trifft Zola am Justizpalast ein. Die Menge eilt auf seinen Wagen zu unter Schreihäufen. Gleichzeitig kommt Oberst Picquart an; als er den Wagen verläßt, wird gerufen: „Nieder mit Picquart! Nieder mit dem Himmelsdieb!“ Dagegen werden die anderen Offiziere, die als Zeugen erscheinen, mit Hochrufen auf die Arme begrüßt.

Der Sitzungssaal bietet dasselbe bewegte Bild wie in den letzten Tagen. Bei Zolas Eintritt erfolgt keine Kundgebung. Im Saale sind verstärkte Maßnahmen zur Einhaltung der Ordnung getroffen.

Oberst Picquart erklärte bei seiner Ankunft im Gerichtsgelände seinen Freunden, er sei entschlossen, die ganze Wahrheit auszusagen und unbefürchtet um die Folgen rücksichtslos zu sprechen.

Nach 12 Uhr wird die Sitzung eröffnet und zunächst noch einmal General de Pellieux aufgerufen, der wegen eines spanisch geschriebenen an Picquart gerichteten Briefes vernommen wird.

General Pellieux kommt auf einige Punkte aus der gestrigen Verhandlung zurück und bemerkt, man habe vielleicht seine Worte falsch ausgelegt. Oberst Henry habe gesagt, daß ein Aktenbündel geöffnet sei und die Vertheidigung davon Kenntniß genommen habe.

„Ich muß sagen, daß im Bureau für den Nachrichtenendienst viele Aktenbündel liegen. Das geöffnete Bündel bezog sich auf Briefstaben. Es handelte sich nicht um die Dreyfus-Akten. Diese wurden vielmehr nach dem Prozesse des Jahres 1894 versiegelt und erst in der letzten Zeit von mir wieder geöffnet, um eine neue Untersuchung des Vorderaus vorzunehmen zu lassen. Dann wurde das Bündel von Neuem versiegelt und im Kriegsministerium deponirt.“

Pellieux „dementirt“ hierauf in aller Form die Aussage Leblois, der erklärt hatte, daß er dieser Tage mit dem Obersten Henry in dessen Kabinett eine mehr als zweifelhafte Unterredung gehabt habe und fährt dann fort: Nachdem Oberst Picquart den Major Esterhazy beschuldigt hatte, daß er gefälschte Briefe geschrieben habe oder solche habe schreiben lassen, sagte der Oberst Picquart später, wenn es nicht Esterhazy gewesen sei, könnten es Personen aus Esterhazys Freundschaft gewesen sein.

Pellieux „ergänzt“ nunmehr seine gestrigen Aussagen und führt aus: Alles ist seltsam in dieser Angelegenheit. Der Kriegsminister erhob eine genau präzisirte Anklage gegen Zola, der das Kriegsgericht beschuldigt hatte, auf eine Ordre hin einen Schuldigen freigesprochen zu haben. Man hat man uns aber den Namen dieses Schuldigen nicht genannt. (Lärme.) Ja wohl, ich sage aber folgendes: Major Esterhazy, bezüglich dessen ein Einstellungsbeschluß ausgesprochen war, präsentirte sich trotzdem dem Kriegsgericht. General Saussier wollte sich mit der gerichtlichen Erklärung, daß es an genügenden Beweismitteln zur Verfolgung Esterhazys fehle, nicht begnügen. Saussier wollte — das kann ich sagen — entgegen der Ansicht vieler Autoritäten, die höher sind als die meinige, daß Esterhazy vor feinesgleichen und in einem öffentlichen Verfahren in Gegenwart der Parteien vor Gericht stände. Ich bedaure meines Theils, daß die Verhandlung nicht öffentlich gewesen ist, wie ich es selbst gewünscht habe. Der Kriegsminister verlagte Ausschluß der Öffentlichkeit.

Im weiteren Verlaufe der Vernehmung des Generals Pellieux richtet Anwalt Labori an diesen die Frage: Sahen Sie nicht in dem Kriegsgerichte, das über Esterhazy urtheilte, hinter den Mitgliedern des Gerichts, und haben Sie nicht an den Debatten theilgenommen?

Zeuge: Als Offizier der Militärgerichtsbarkeit hatte ich das Recht, die genaue Formulierung gewisser an den Zeugen zu richtenden Fragen zu veranlassen.

Labori fragt weiter: Hat Leblois damals nicht Fragen gestellt, die eine Ergänzung der Untersuchung hätten nothwendig machen können?

Pellieux antwortet: Darauf antwortete ich nicht; die Verhandlung war nicht öffentlich.

Labori ersucht hierauf den Präsidenten, dem Zeugen

diese Frage vorzulegen; der Präsident lehnt dies jedoch ab. Es entspannt sich hierüber eine lebhafte Hin- und Widerrede zwischen dem Vorsitzenden und der Vertheidigung, welche letztere ankündigt, daß sie entsprechende Anträge an den Gerichtshof stellen werde.

Hierauf wird General Gouze nochmals vorgeladen. Er stellt auf eine Frage des Präsidenten hin dem zweitbeutigen Archivbeamten Griovelin das „beste Zeugniß“ aus.

Griovelin selbst wird hierauf nochmals vernommen; er erklärt, Oberst Picquart habe eines Tages von ihm verlangt, er solle einen Abgangspoststempel auf einem Brief anbringen lassen, die von einem früheren Tage als dem betreffenden herstammte.

Oberst Lauth sagt aus, Picquart habe in seiner Zeit beauftragt, die vom Zeugen bereits erwähnte Kopiepostkarte zu photographiren und ihn dabei ersucht, die Spuren der Masse in der Karte zum Verschwinden zu bringen und danach die Echtheit derselben zu bescheinigen; alles dies habe er dem Oberst Picquart rundweg verweigern zu müssen geglaubt.

Hierauf tritt unter lebhafter Bewegung und Aufmerksamkeit des Publikums Oberst Picquart als Zeuge vor und giebt an: Ergen den Monat Mai 1896 seien die Briefstücke einer Telegrammkarte in meine Hände. In der Karte war von dem Major Esterhazy in Ausdrücken die Rede, die mir anzudeuten schienen, daß Esterhazy in Beziehungen zu ziemlich verdächtigen Personen stehe. Ich zog Erkundigungen ein, die ihm ungünstig waren, und stellte Nachforschungen über sein Thun und Treiben überhaupt an. Das Ergebnis gereichte dem Offizier nicht zur Ehre. Er zeigte eine auffallende Neugierde bezüglich gewisser militärischer Thatsachen, die geheim bleiben müssen. Ich machte von der Gelegenheit meinen Vorgesetzten Meldung, welche mir sagten, ich solle meine Nachforschungen fortsetzen.

Ich verschaffte mir Stücke von der Hand dieses Offiziers, und die Vergleichen, die ich sodann zwischen dieser Handschrift und gewissen Schriftstücken anstellte, bestärkte meinen Verdacht. Was mir namentlich auffiel, war die Aehnlichkeit dieser Handschrift und jener des bekannten Vorderaus, von dem man so viel gesprochen hat. Ich ließ Photographien der Handschrift herstellen und zeigte sie zwei sehr maßgebenden Personen, dem Herrn Bertillon und dem Major du Pathy de Clam. Bertillon sagte mir: Das ist genau die Handschrift des Vorderaus. Ich sagte ihm darauf, daß diese Handschrift aus einer Zeit nach dem Dreyfus-Prozesse herrühren, worauf er mir erwiderte: Nun ja, die Juden thun alles Menschmögliche, um sich diese dem Vorderaus gleichende Handschrift zu verschaffen. Du Pathy de Clam sagte zu mir: Das ist die Handschrift von Dreyfus!

Oberst Picquart fährt hierauf in seiner Befundung fort: Ich wachte, daß ein höherer, mit Orden geschmückter Offizier, dessen Namen ich nicht nennen kann, einer auswärtigen Macht gewisse Dokumente lieferte. Ich will keineswegs weiter Geheimnisse enthüllen, aber Major Ravary sagt in seinem Verrechte, meine Ueberzeugung habe sich auf die Thatsache gegründet, daß die Handschrift in dem geheimen Aktenstücke mehr auf diejenige Esterhazys passe als auf diejenige Dreyfus'. Bei der Fortsetzung meiner Untersuchung sah ich, daß es schwierig wäre, mich an mehrere Personen zu wenden, und ich forschte nach, wer die in Rede stehenden Schriftstücke kopirt haben könnte. Ich wandte mich an einen gewissen Mullot, der mir ausreichend antwortete. Damals nun hat der Clair ein gewisses Dokument veröffentlicht. Der Matin veröffentlichte das Facsimile des Vorderaus, aber nicht das des Dreyfus nach dem Diktat du Pathy de Clams geschriebenen Briefes. Es wäre zu unbequem gewesen. Jetzt wurde die Interpellation Castellin angekündigt. Alles dieses bereitete mir Schwierigkeiten und ich wurde mit einem dienstlichen Auftrage fortgeschickt. Ich muß sagen, daß in der Zwischenzeit Esterhazy, der von Paris abwesend war, plötzlich zurückkehrte und zu einem Zeugen, den man wird verhören können, sagte, es stünde eine Anzeige gegen ihn bevor. (Bewegung.) Kurz, was fandte mich dann nach Tunis, wo meine ganze Post erbrochen wurde, ehe sie an mich weiter ging.

Oberst Picquart sagt weiter aus: Als ich während meines Aufenthaltes in Tunis Briefe von Personen er-

hielt, die zu glauben schienen, daß ich immer noch mit dem Nachrichtendienst betraut sei, schrieb ich an Oberst Henry und bat ihn, wissen zu lassen, daß dies nicht mehr meines Amtes sei. Henry, der mein Untergeordneter gewesen war, antwortete nun in einer Art, daß ich ihm wieder antwortete, um formell Einspruch zu erheben gegen die Art und Weise, in der Thatsachen zur Kenntniß gebracht worden seien, die, wie er berichtete, mir zum Vorwurf gemacht wurden. Ich eilte nach Paris und hatte Besprechungen mit meinem Rechtsbeistand Leblois; ich überließ ihm bestimmte Schriftstücke für meine Vertheidigung, im besondern die Briefe des Generals Gouze. Nach Tunis zurückgekehrt, hörte ich nicht mehr von der Sache sprechen, bis zu dem Tage, an dem ich, bereits auf dem Wege nach dem Süden von Tunis, nach der Stadt zurückgerufen wurde. Man stellte an mich eine Reihe von Fragen und ich erhielt an demselben Tage einen Brief von Esterhazy, worin er mir vorwarf, Unteroffiziere bestochen zu haben, daß sie sich seine Handschrift verschafften.

(Fortsetzung in der Beilage.)

### Politische Rundschau.

#### Deutschland.

Die vielbesprochenen „Kaisermanöver“ nebst der dazu gehörenden „glänzenden Reiterattake“, über welche Fachleute den Kopf schüttelten, kamen am 11. Februar auch, wie schon früher in der bayerischen Kammer, im hessischen Landtage zur Besprechung. Der national-liberale Abgeordnete Driola brachte die verschleppte Auszahlung der Fluentschädigungen zur Sprache und eine Reihe weiterer Abgeordneter vom Lande stimmten in das Klagelied ein. Noch heute seien die Entschädigungen für die ganz außerordentlichen Verwüstungen zum Theil nicht ausgezahlt. Einer einzigen Gemeinde habe 57 000 M. Schadenersatz zugesprochen werden müssen. Abg. David wies darauf hin, daß mehr noch als die Verwüstungen der produktiven Arbeit des Bauern die Schädigungen, die den Soldaten an Leib und Leben zugefügt würden, zu bedauern seien. Wenn schon bei der durch das militärische System hervorgerufenen feindseligen Spannung zwischen den Kulturvölkern, Kriegsrüstungen und Manöverübungen nicht zu umgehen seien, so dürften doch keinesfalls den Liebhabereien hoher Herrschaften die Gesundheit von Mensch und Thier geopfert werden. Er erinnere nur an die bekannte „schneidige“ Reiterattake. Im Uebrigen sollten die hohen Herren einmal ihre Reise- und Proviantwagen zu Hause lassen und die Strapazen und Entbehrungen, die sie den Soldaten zumuthen, selber mitmachen, vielleicht ginge ihnen dann ein Licht auf über die Leistungen, die sie Anderen zumutheten. — Natürlich erhob sich nun der Staatsminister Finger, um Verwahrung einzulegen gegen diese „unpatriotischen“ Worte, und im national-liberalen Lager wurde es lebendig. Die Abg. Friedrich und Driola hielten hochpatriotische Reden, deren Quintessenz das sacrificium intellectus (Verzicht auf eigene Meinung) in militärischen Dingen war. Graf Driola glaubte wichtig sein zu müssen, indem er unsere Ideen über ein Volksheer ins Lächerliche zu ziehen versuchte. — Abg. David wies das scharf ab und begründete die Forderung auf allg. mein einjährige Dienstzeit als eine Forderung der sozialen Gerechtigkeit und des gesunden Fortschritts; das sei ein guter Schritt vorwärts auf dem Wege zum Volksheer, der schon jetzt möglich sei. Abg. Ulrich diente dem Grafen in so nachdrücklicher Weise, daß es noch zu einer heftigen persönlichen Auseinandersetzung kam. Der Graf wollte keine „Bedientenseele“ sein, er meinte, in Kasinos dürfe man schon ein Wort der Kritik gegen oben sagen, aber in einer Volksvertretung sei so etwas nicht angebracht.

Wie man sieht, „es regt sich was im Odenwald“, und die Kaffmotheorie des Herrn Grafen Driola dürfte erst recht dazu geeignet sein, dem Volke die Augen zu öffnen.

Zur Flottensteuer. Das Zentrum wird von der zur Fahne des Ultramontanismus schwörenden „Märkischen Volkszeitung“ angegangen, einen Vorschlag zu erwägen, wonach die Kosten der zukünftigen Flottenvergrößerung nicht durch eine indirekte Steuer, an der



minder bemittelten Bevölkerungsklassen bereits überschwer zu tragen haben, sondern durch eine „Flottensteuer“ aufzubringen wären. Von dieser Flottensteuer sollen alle Einkommen in Höhe bis zu 10 500 Mark freibleiben, da diese bis jetzt bereits zum Theil bis zu 20 Prozent des Einkommens zur Steuer herangezogen werden, was zwar im ersten Augenblick verwunderlich klingt, was aber durchaus bestätigten müssen. Die „Flottensteuer“ soll mit 1/2 Prozent der Einkommen von 10 500 Mark anwärts beginnen und bis zu 9 Prozent bei den Einkommen steigen. Der Ertrag wird auf 46 Millionen Mark berechnet. — An sich, bemerkt dazu die „Volkstg.“, ist die Idee sehr gesund, daß diejenigen auch die Kosten tragen, die von einer Einrichtung den größten Vortheil haben und dafür am meisten schwärmen, während die breite Masse des Volkes keinen Vortheil, sondern nur Lasten hat. Die Geheimen Kommerzräte, die industriellen Großmillionäre, welche sich in geräuschvollen Versammlungen für die Flottenvermehrung begeistern, können dadurch beweisen, daß es ihnen mit ihrem Interesse für die Marine wirklich ernst ist. Die Kosten theurer Einrichtungen durch indirekte Steuern auf die Schultern der wirtschaftlich Schwachen abzuwälzen, ist wahrlich keine Kunst. Aber daß das Zentrum sich auf den von dem Zentrumsvorstand entworfenen Plan einlassen wird, bezweifeln wir. Soweit ist die Steuerpolitik dieser Partei, die auf das preussische Junkerthum und seine großkapitalistischen Verbündeten alle mögliche Rücksicht nehmen muß, noch nicht gebrochen. Weil aber die „Mark. Volkstg.“ bereit ist, dem Grundsatz zu huldigen: wer den Vortheil hat, soll sich auch etwas kosten lassen, so wollen wir das ultramontane Blatt fragen: wie wäre es mit einer Anwendung seiner Steuerpolitik auf kirchliche Interessen? Warum sollen denn für kirchliche Interessen die Steuergroßen der ohnedies schwer bedrückten „kleinen Bürger, der Bauern, der Handwerker, der Geschäftstreibenden, der Beamten“ etc. in immer höherem Maße erhoben werden? Bei der bevorstehenden Berathung der Gehaltserhöhung für die evangelischen und katholischen Geistlichen werden wir sehen, daß hier keineswegs von dem ultramontanen Blatte daran gedacht wird, nur die besser situierten Kreise, die noch nicht mit 20 Prozent ihres Einkommens zur Steuer herangezogen werden, für die Mehraufwendungen zu kirchlichen Zwecken in Anspruch zu nehmen, obgleich sie in erster Reihe dabei interessiert sind. Wo bleibt da die ausgleichende Gerechtigkeit? Wozu soll der Staat, so haben wir wiederholt gefragt, überhaupt für kirchliche Interessen Geld ausgeben, die seinen eigenen Interessen häufig diametral gegenüberstehen? Dabei ist noch zu erwägen, daß katholische und evangelische Kirchzwecke mit den Steuern von Juden und Dissidenten gefördert werden. Warum schweigt hierzu die ultramontane Presse?

Ueber das unthätige Ergebnis des Reichshaushaltsetats für das am 1. April abschließende Etatsjahr 1897-98 hat der Schatzsekretär der Budgetkommission nähere schriftliche Mittheilungen gemacht auf Grund der Dezemberabschlüsse. Die Mittheilungen drücken sich in der Hauptsache mit den Schätzungen des Schatzsekretärs bei der Etatsdebatte im Reichstag am 10. Dezember. Damals schätzte Hr. v. Thielmann den eigenen Reichsüberschuß auf „annähernd zwanzig Millionen.“ Jetzt berechnet er denselben etwas niedriger, nämlich auf 18 990 000 Mk. Die Etatsüberschreitungen der Marine sind dabei nur auf 550 000 Mk. angenommen. Sollte dies in Anbetracht von Kiaotschau nicht zu niedrig gegriffen sein? Der in Aussicht genommene Ueberschuß von 18 990 000 Mk. bleibt um ungefähr 10 Millionen hinter dem Ueberschuß des Vorjahres zurück. Dieser Ueberschuß des Jahres 1896-97 belief sich auf 28 692 115 Mk. und ist in dem Etat für 1898-99 in Einnahme gestellt. Der nächste Etat für 1899-1900 hat also in Folge des um 10 Millionen Mark geringeren Ueberschusses mit einem Ausfall von zehn Millionen Mark zu rechnen. Bei den Ueberweisungssteuern deckt sich die neuere Schätzung des Schatzsekretärs mit derjenigen vom 10. Dezember. Danach bleiben aus den Ueberschüssen nach dem Gesetz wegen Verminderung überschüssiger Reichseinnahmen 40 500 000 Mk. zur Verminderung der Anleihekredite des Jahres übrig und würde demnach das laufende Etatsjahr mit einem Anleihekredit von 41 Millionen statt etatsmäßig 81 1/2 Millionen Mark abschließen. Im Jahre 1896-97 waren die Ueberschüsse bekanntlich so groß, daß sie nicht bloß jeden Anleihekredit entbehrlich machten, sondern noch gestatteten, die noch offenen Anleihekredite aus Vorjahren zu fürzen.

Sehr ärgerlich ist die „Kreuz-Zeitung“ über die Revision des Vereins- und Versammlungswesens, wie sie die bayerische Regierung beabsichtigt. Es ist das alte Lied; daß die eifrigsten Lobredner der Regierung autorität sofort in die böartigste Opposition gegen die Regierung verfallen, sobald diese ihnen nicht zu Willen ist. Die „Kreuz-Zeitung“ spricht unverhohlen den Wunsch aus, daß der bayerische Reichsrath die Regierungsvorlage zu Falle bringen möge. Ja, vor Groll und Born erwärmt sie sich jetzt sogar für eine Regelung des Vereins- und Versammlungswesens von Reichs wegen, „um in Zukunft solche gesetzgeberische Experimente unmöglich zu machen.“ Die reaktionären Experimente des Herrn v. d. Recke in Preußen hatten natürlich den lebhaftesten Beifall der „Kreuz-Ztg.“. Geht ein anderer Bundesstaat in freier Richtung vor, so kann sie nicht genug schelten. Nun wohl, wir sind stets für ein Reichsgesetz zur Aenderung des Vereins- und Versammlungsrechts

eingetreten. Früher oder später wird es auch zu einem solchen kommen und zwar wird es nicht so aussehen, wie die „Kreuz-Ztg.“, Feindin jeder selbstständigen Volksregung, es wünscht. —

**Freisinnige Reuenthorheiten.** Eugen Richter schreibt in der „Freis. Ztg.“:

„Es sind in Norddeutschland circa 80 Wahlkreise vorhanden, in denen ein freisinniger Kandidat der Freisinnigen Volkspartei oder der Freisinnigen Vereinigung ernsthaft in Frage kommt. Unter diesen 80 Wahlkreisen sind nur 3, in denen möglicherweise je zwei freisinnige Kandidaten sich gegenüberstehen werden. In jedem dieser 3 Wahlkreise aber wird unter allen Umständen einer von zwei freisinnigen Kandidaten in die Stichwahl gelangen. In zwei anderen Wahlkreisen sind die Verhältnisse noch nicht geklärt.“

Es klingt geradezu lächerlich, wenn man hört, daß Leute schon bis auf zwei Wahlkreise genau das Resultat voraussagen wollen. Eugen hat sich doch wahrlich schon so oft in den Fingern geschaut, daß es an der Zeit wäre für ihn, endlich einmal seine papierernen Calculationen zu unterlassen.

Wegen die Sonntagruhe ziehen die Konservativen des Abgeordnetenhauses zu Felde. Abg. Gamp hat mit Unterstützung einer großen Anzahl Parteifreunde folgenden Antrag gestellt:

„Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen: die königliche Staatsregierung zu ersuchen, die zur Ausführung der reichsgesetzlichen Bestimmungen über die Sonntagruhe erlassenen Verordnungen nach der Richtung hin einer Revision zu unterziehen, daß dabei die wirtschaftlichen Interessen der Bevölkerung, insbesondere der Gewerbetreibenden, mehr als bisher Berücksichtigung finden.“

Die „wirtschaftlichen Interessen“, das sind natürlich die Interessen der Künstler und Unternehmer. Uebrigens sieht es gerade so aus, als ob der freikonservative Antrag „bestellte Arbeit“ sei. Man weiß aus offiziellen Mittheilungen über die Absichten, des Fürsten Hohenzollern, wie freundlich die Regierung einer Rückwärtsrevision der Sonntagruhebestimmungen gesonnen ist.

Im hessischen Landtage hat der leitende Minister, Herr Finger, dessen hartes Regiment aus der Zeit des Sozialistengesetzes wohlbekannt ist, eine Wahlreform empfohlen, die allen Gegnern des allgemeinen Wahlrechts das Herz rascher klopfen machen wird. Herr Finger ist darüber betrübt, daß im hessischen Landtage Sozialdemokraten sitzen, er möchte ein Censurwahlrecht haben. Unsere Genossen Ulrich und Cramer führen Herrn Finger in die Parade, auch der Mainzer Centrumsmann Dr. Schmitt erklärte, gegen eine Veränderung des Wahlrechts, die es nach dem Vermögen und den Steuern bemesse, sei er ebenso entschieden, wie der Abgeordnete Cramer. Ulrich geißelte auch die barbarischen und schrecklichen Bändigungsmaßregeln (Krummschließen etc.) in den hessischen Zuchthäusern. Meutereien der Sträflinge seien nicht selten. Selbst die Richter seien entsetzt gewesen über die cynische Art und Noth der Gefängnisse, mit der der Buzbacher Direktor Bornemann eine solche Behandlung gerechtfertigt habe. Sein Urtheil, daß solche Zustände eine Schande seien, sei nur zu sehr begründet. Es sei ihm unerklärlich gewesen, daß der Regierungsvorsteher die Sache so leicht genommen habe.

Die polnische Reichstags-Fraktion und die Flottenvorlage. Wie die „Germania“ mittheilt, hat die polnische Reichstags-Fraktion einstimmig beschlossen, die Marinevorlage abzulehnen, und dementsprechend ihrem Vertreter in der Budgetkommission, dem Abgeordneten Dr. v. Jagdzewski, Weisungen erteilt. Dieser Beschluß der Fraktion entspricht nicht den Gerüchten, die bisher über die vermuthliche Stellungnahme der polnischen Fraktion in die Öffentlichkeit gedrungen sind. Offenbar haben die zahlreichen Rundgebungen aus den Wählerkreisen, die nichts von der Tripitiade wissen wollen, diese neue Entschliebung hervorgerufen. Und besonders schwer mag es den polnischen Herrn nicht gemorden sein, auf die Wünsche ihrer Wähler zu hören, denn sie sagen sich jedenfalls: die Vorlage geht doch durch, dafür sorgt schon das Zentrum! Sehr wohl möglich ist es aber auch, daß sich der Beschluß der polnischen Fraktion nur auf die Vorlage in ihrer jetzigen Gestalt bezieht und daß eine Aenderung des Beschlusses alsbald eintreten würde, wenn die Regierung einige Konzessionen bezüglich der Verbindung des Etatsrechts des Reichstages zu machen bereit ist. Dies ist ja auch die Haltung des Zentrums. Auch diese ausfallgebende Partei ist gegen die Vorlage, aber nur wenn sie um kein Küpfelchen verändert wird. Einige Gefälligkeiten von Seiten der Regierung an die um Lieber beruhigt das volksfreundliche Gewissen der Zentrumsmänner und der Polen und aus Klein wird Ja, aus Flottenvorlage-Bekämpfern, werden begehrteste Admirale.

Chinesisches. Ein Shanghaier Stimmungsbericht des britisch-offiziösen Bureaus Reuter besagt, die deutschen Kaufleute in Shanghai erklärten, sie würden es ablehnen, sich in Kiaotschau niederzulassen, weil sie größere Leichtigkeit des Verkehrs in Shanghai als unter deutscher Flagge besäßen. Wie es in Kiaotschau profitabel ist, werden sich dort deutsche Kapitalisten niederlassen. Der Profit entscheidet, nicht „patriotische“ Sentimentalitäten. — Die englische Seemacht in chinesischen Gewässern wird weiter verstärkt. Außer dem Schlachtschiff „Barfleur“, das nunmehr in Port Said angekommen ist, geht das Schlachtschiff „Victorious“ von Malta nach China. Der Panzerkreuzer 1. Klasse „Gibraltar“ wird ebenfalls sofort nach China in See gehen. Es wird aus Newport berichtet, daß die englische Regierung 40 000 Zentner Rindfleisch in Amerika für ihre Schiffe in Ostasien angekauft habe. — Die „Köln. Zeitung“ meldet aus London: Während man bisher hier annahm, daß die

japanische Flotte demnächst nach China, insbesondere nach Waikowai fahren werde, liegt die zuverlässige Nachricht aus Tokio vor, daß der größere Theil des japanischen Geschwaders nach der südwestlich von Yokohama gelegenen Surugabai abgedampft ist, um dort größere Uebungen vorzunehmen. Gleichzeitig wird daran erinnert, daß die japanische Regierung nicht beabsichtigt, Schiffe in außerjapanische Gewässer zu entsenden.

## Deutscher Reichstag.

(Original-Bericht des „Völkischer Volksbote“.)

Berlin, den 14. Februar 1898.

Aus dem Reichstage. Die Bänke auf der Rechten blieben heute fast leer. Die Völkler tagten heute wieder einmal im Circus Busch, diese Versammlung war ihnen wichtiger, als die Verhandlungen im Reichstag, wo zunächst über die Concursordnungs-Novelle berathen wurde. Die Regierung hat sich im Wesentlichen auf die bisherige Concursordnung beschränkt, von Herrn Mintelen und mehreren Gesinnungsgenossen aus dem Centrum waren aber einschneidende Abänderungsvorschläge beantragt worden, die zur angeblichen Hebung des Mittelstandes die leichtsinnigen Centrumsmänner mit schwerer Strafe bedrohen sollen. Genosse Singer wies demgegenüber darauf hin, daß dem Mittelstand überhaupt nicht, keinesfalls aber mit solchen kleintlichen Mitteln, zu helfen sei. Die Vorlage ging schließlich an eine Commission, aus der sie hoffentlich ohne die Mintelen'schen Verschlimmerungen wieder herauskommen wird. Den nächsten Gegenstand der Tagesordnung bildete der Etat der Zölle und Verbrauchssteuern. In der Hauptsache debattirte man über den immer noch nicht errichteten obersten Zollgerichtshof, der die oberste Entscheidung in Zollsachen haben soll. Aller Schaden, den die Geschäftsleute durch Entscheidungen unterer Zollbehörden, die von oberen wieder aufgehoben werden, haben, alle Zollkuriosa, die alljährlich vorkommen, haben es noch nicht vermocht, daß im gereinigten deutschen Reich dieser oberste Zoll-Gerichtshof errichtet worden ist. Auch heute verhielt sich der Reichsschatzsekretär Herr Dr. Thielmann noch ablehnend, weil der Bundesrath aus partikularistischen Gründen noch Widerstand leistet. Genosse Mollenhuth brachte wieder die Ersparnisse zur Sprache, die der Hamburgische Staat an den Gehältern der Zollbeamten macht. Während man die Sache im vorigen Jahre überhaupt bestritt, mußte man den Thatbestand heute zugeben, nur wurden von der Regierung allerhand Entschuldigungsgründe vorgebracht. Nicht unerwähnt soll bleiben, daß Abg. Graf Limburg-Sturum einen höheren Fahrradzoll für amerikanische Fabrikate verlangte.

### 40. Sitzung.

Am Bundesrathstisch: Nieberding.

Ueber die Tagesordnung steht zunächst die erste Lesung der Novelle zur Konkursordnung in Verbindung mit dem von dem Abg. Mintelen u. Gen. eingebrachten Gesetzentwurf auf Aenderung der Konkursordnung.

Abg. Dr. Mintelen (Z.) bittet die Regierung um nachträgliche Vorlegung der vom Reichstag bereits wiederholt geforderten Konkursstatistik und beantragt Ueberweisung seines Antrages an eine Commission gemeinsam mit der Regierungsvorlage. Die bisherige Konkursordnung habe zu wenig Rücksicht darauf genommen, daß die meisten Konkurse eine Folge des Reichthums und der Trivulität seien, so konnte bei der Errichtung des Konkurses nicht das Verschulden, sondern die Zahlungsunfähigkeit allein maßgebend und nach Beendigung desselben finde die Einsetzung in alle bürgerlichen Ehrenrechte statt. Redner geht dann noch auf verschiedene juristische Details ein und betont, daß man sich in allen diesen Fragen nicht auf die Handelskammern berufen könne, da in diesen selbst ganz verschiedene Meinungen vertreten seien.

Abg. Dassemann (natl.): Die Regierung ist der Ansicht, daß sich im Wesentlichen die Bestimmungen der Konkursordnung bewährt haben und daß nur einzelne Verbesserungen am Plage sind. Wir werden aus in der Commission über diese Verbesserungen unterhalten müssen, um so mehr, als auch die Handelskammern über einzelne Punkte verschiedener Meinung sind. Die Streitige Frage, ob nach Eröffnung des Konkurses noch Tratten ausgestellt werden können, möchte ich mit „Nein“ beantworten. Ebenfalls muß auch die Frage geregelt werden, ob der Konkursverwalter die Masse durch anderweitig bezogene Waaren vergrößern darf. Vor Allem aber möchte ich mich gegen den Vorschlag des Abg. Mintelen, die Konkursverfugung wegen bloßer Ueberschuldung eintreten zu lassen, erklären. Das Prinzip der Verschuldung halte ich für diskutabel. Die Erleichterung des Zwangsvergleichs hat zu Mißständen geführt, die die Minoritäten der Gläubiger benachteiligen. Die Verschärfung des Zwangsvergleichs entspricht auch den Wünschen einzelner Handelskammern.

Abg. Gamp (W.) bedauert, daß die Regierung die Konkursordnung nicht grundlegend geändert habe, sondern sich nur auf die durch das Bürgerliche Gesetzbuch notwendig gewordenen Aenderungen beschränkt habe. Berücksichtigung der Ueberschuldung als der Zahlungsunfähigkeit des Konkursmachers. Bei Aktiengesellschaften sei dieses Prinzip schon jetzt maßgebend. Der Zwangsvergleich müsse erschwert werden. Gegen leichtsinnige Creditnahme müsse man scharf vorgehen. Dem Antrage, die Vorlage an die Justizkommission zu verweisen, schließt sich Redner an.

Singer (SD.): Wir sind der Ansicht, daß die Vorlage der veränderten Regierung weit eher den vorhandenen Bedürfnissen entspricht, als die Anträge der Herren vom Centrum. Diese Anträge haben vor Allem das Bestreben, den sogenannten Mittelstand zu schützen. Aber, meine Herren, die Wirkung der Annahme dieser Anträge wird nach meiner Meinung sein, daß grade kleinen Gewerbetreibenden noch mehr in's wirtschaftliche Unglück gerathen; sie werden dadurch grade zum Konkurs getrieben und jedenfalls mehr geschädigt als durch die bisherigen Bestimmungen. Die Anträge Mintelen und Gen. helfen Gewerbetreibende, die in Konkurs gerathen, geradezu mit Verbrechern auf eine Stufe. Sie bebrohen sie mit schweren Strafen und zwingen sie, möglichst ihre Geschäftslage zu verschleiern, um so dem Schaden zu entgehen. Es ist auch eine durchaus unerbittliche Auffassung, zu glauben, daß der größte Theil der Konkurs durch Reichthum herbeigeführt werde. Die Hauptschuld daran tragen unsere ganzen wirtschaftlichen Verhältnisse. Die kleinen Gewerbetreibenden können aber mit dem großen nicht konkurrieren, sie sind nicht in der Lage, dem Publikum durch große Auswahl und billige Preise die besten Vortheile zu bieten. So stehen sie von Jahr zu Jahr tiefer, leben bald nur noch von ihren Gläubigern bis es dann schließlich zum Konkurs kommt. Diese wirtschaftliche Lage zu verbessern, sind die Anträge Mintelen natürlich durchaus nicht geeignet, sie bringen



Bestimmungen in das Gesetz, die dort gar nichts zu thun haben. Das Konsumgesetz kann nicht moralisch erzehrend wirken, sondern es muß sich gegen bestimmte Mißstände richten, die die Praxis ergeben hat. — Dem Vortrage, die Strafbestimmungen zu erweitern, können wir uns durchaus anschließen. Dagegen, daß Leute, die wissen, daß sie vor dem Konsum stehen, um durch neue große Einkäufe, die sie billig loskaufen, sich Geld schaffen, müssen durchaus Vorkehrungen getroffen werden; denn diese Leute sind noch außerdem die schlimmsten Konsumrenten für reelle Kaufleute. — Die Frage, ob der Konsum erkräftet werden darf bei Zahlungsunfähigkeit oder schon bei Ueberschuldung, ist durchaus nicht leicht zu lösen. Wenn tritt denn Ueberschuldung ein? Ich gebe zu, daß das je nach den Umständen verschieden beurtheilt werden muß, aber wenn es sich um mal darum handelt, zu bestimmen, was jemand nicht thun darf, dann würde doch eine genauere Definition des Begriffs der Ueberschuldung sehr wünschenswerth sein. — Gegenüber Herrn Gump bin ich durchaus dafür, daß die Aussonderung der bevorrechtigten Forderungen möglichst umfangreich vorgenommen werde. — Wir sind der Meinung, daß die Regierung sich nicht dahin berufen lassen, die Lage der kleinen Gewerbetreibenden durch das Gesetz besser zu stellen. Je reiner das Gesetz von diesen Grundfragen bleibt, desto mehr nützt es. Wir wünschen, daß die Kommission sich im Großen und Ganzen auf die Regierungsvorlage einige. (Beifall links)

v. Buchta (R.): Das bisher geltende Gesetz gehört zu den besten und es ist ganz richtig, es nur insoweit zu ändern, als das neue bürgerliche Gesetzbuch es bedingt. Herr Münter verfährt zu schematisch in seiner Begriffsbestimmung z. B. in der Kreditbestimmung. Ich kann mir sehr gut denken, daß ein Kaufmann, dessen Schulden seinen Aktivbestand längt um das Doppelte überschritten haben, doch noch sehr wohl kreditfähig ist. Dagegen halte ich eine Erleichterung des Zwangsvergleichs gleichfalls für sehr nützlich, ungeachtet soll man aber einer Rehabilitierung nicht so viel in den Weg legen, wie es Abg. Münter wünscht. Dem Vortrage auf Kommissionsberatung schreibe ich mich an.

Die Diskussion wird geschlossen, die Vorlage an die Justiz-Kommission überwiegen.

Hierauf wird die Statberathung und zwar beim Etat der „Zölle und Verbrauchssteuern“ fortgesetzt.

Dr. Barth (Fg.) regt die Beilegung der differentialen Behandlung der rohen und veredelten Holzschichten an.

Director im Reichsschatzamt v. Körner sagt thätigste Erfüllung dieses Wunsches zu.

Nichtlicher (F.) fordert die Kludigung der noch bestehenden Meißelungsverträge besonders derer mit Nordamerika und Argentinien.

Dr. Hammacher (W.) fragt an, wie sich der Bundesrath zu den früheren Reichstagsbeschlüssen zur Schaffung von Zollauskunftstellen und eines Gerichtshofes zur Entscheidung von Zollstreitigkeiten stellt. Im Interesse einheitlicher Zollbehandlung bitte er die Regierung die bisherigen Beschlüsse bei Seite zu lassen.

Reichsschatzsekretär Frhr. v. Thielmann erwidert, die Auskünfte seien bereits vorhanden, könnten aber nur den direkten Anfragenden mittheilen, nicht auch Dritten, ein großer Theil der bisherigen Zolltarife werde durch sie beseitigt. Ein Reichszollgerichtshof widerspricht der Bestimmung in der Verfassung, daß den Einzelregierungen die Verwaltung in Zollsachen zusteht.

Graf Stolberg (R.) hält einen Reichszollgerichtshof für sehr wünschenswerth. Man könne ihn ja den Einzelstaaten nicht aufdrängen, aber vielleicht könne eine Einigung darin erzielt werden. Zur Befestigung der Zolltarife müsse das ganze Skelett unseres Zolltarifs umgearbeitet werden.

Schatzsekretär Frhr. v. Thielmann erklärt, das Reichsschatzamt sei bereits mit vieler Ueberanstrengung beschäftigt.

Frhr. v. Thielmann (F.) fragt an, ob Verhandlungen wegen eines Reichszollgerichtshofes gepflogen und wie weit sie gediehen seien.

Schatzsekretär Frhr. v. Thielmann beunruhigt, daß die Verhandlungen darüber bisher noch zu keinem Resultat geführt hätten.

Meyer-Danzig (Ab.) erkündigt sich nach der Stellung des Bundesraths zu den Beschlüssen des Reichstags über die Aufhebung der Zollverträge.

Schatzsekretär v. Thielmann erwidert, der Bundesrath sei zu einer endgültigen Beschlußfassung noch nicht gelangt.

Mollenhuth (Sd.): Im vorigen Jahre habe ich bei dem Titel „Staatssekretär des Reichsschatzamts“ an den Staatssekretär die Frage gerichtet, ob es den Einzelstaaten gestattet ist, aus den Erhebungskosten der Zölle sich besondere Einnahmen zu schaffen. Es wurde mir ausweichend geantwortet, daß Reich habe nicht das Recht, darüber zu bestimmen, wie die Einzelstaaten die Summen aus den Zöllen verwenden. Ich weiß nun wohl, daß bei der Verbrauchssteuer bestimmte Prozentätze in Anrechnung gebracht werden. Woher steht jedoch die Sache bei den Grenzstellen, denjenigen, die an der Grenze erhoben werden. Daß daraus die Einzelstaaten sich besondere Einnahmen machen, kann nicht zutreffend sein, da ja an der Zollhebung nicht alle Staaten theilhaftig sind, andere Staaten also benachtheiligt wären. Ich führte damals aus, daß speziell Hamburg dadurch Ueberhörschaft erzielt, daß es dem Reich höhere Gehälter in Anrechnung bringt, als die Zollbeamten beim Grenzverkehr thätiglich erhalten, so daß erhebliche Summen dabei erspart werden. Der Reichsschatzsekretär antwortete mir, um das „Wie“ habe sich das Reich nicht zu kümmern, aber ich denke, ob diese Summen ausbezahlt werden, ist doch eine Sache, die das Reich wohl angeht. Wie seine damaligen Ausführungen in Hamburg aufgeführt wurden, erhielt aus folgender Ausführung des Syndikus Roeloffs, eines der ersten Beamten in Hamburg. Seine Worte sind diese: Der Herr Vorredner sagte, die Meinung sei die, daß überall im Reich das, was vom Reich an die einzelnen Bundesstaaten gezahlt würde, auch an die Beamten ausbezahlt werde. Meine Herren, wenn es heißt, es braucht nicht nachgewiesen zu werden, daß das ganze Geld ausgegeben wird, so ist der Sinn davon einfach der: es braucht nicht ausgegeben zu werden. — Er kommt später darauf zu sprechen, daß Banteu und andere Dinge auch davon ausgeführt werden könnten. Nun sind die Grenzstaaten überhaupt schon bevorzugt, sie können die Grenzbeamten zu manchen Beschäftigungen heranziehen, für die andere Staaten eigene Beamte anstellen müssen; ich erinnere an die Lagerkontrolle, an die Post- und Zollvertheilungen. Ich denke aber, daß das Reich die Kontrolle haben muß, daß das Geld, welches es den Einzelstaaten für Besoldung der Beamten giebt, auch dafür verwendet wird. Aber selbst mit dem „Wie“ hat sich der Bundesrath schon beschäftigt. So wurden seiner Zeit die Postführerzulagen Hamburg nicht gleich den anderen Staaten bewilligt, mit dem direkten Hinweis darauf, daß Hamburg von den Geldern, die es erhalten habe, noch bedeutende Summen zur Verfügung habe. Auch in der Hamburger Bürgerchaft hat die Sache schon zu erheblichen Debatten geführt. Als ich damals die Sache hier zur Sprache brachte, antwortete der Bundesbevollmächtigte Senator Dr. Burchard zwei Monate später, als ich nicht anwesend war. Er führte aus, daß die Staatshaushaltsrechnungen, aus denen ich meine Summen genommen hatte, selbst nicht ganz zuverlässig seien. In wie weit das zutrifft, vermag ich nicht zu beurtheilen, da ich bei Aufstellung dieser Rechnungen nicht theilhaftig war. Aber seine Rede schloß er mit den Worten:

„Nun, meine Herren, wenn ich sanguin wäre, würde ich der Hoffnung Ausdruck geben, daß, wenn der Herr Abg. Mollenhuth etwa bei späterer Gelegenheit sich veranlaßt sehen sollte, noch einmal ein so komplizirtes Thema, wie das gegenwärtige, zu behandeln, er die Güte haben möge, sich vorher etwas eingehender zu informieren, als er es in diesem Falle gethan hat. Sanguin zu sein, ist aber meines Erachtens auf politischem Gebiete eine Untugend, und deshalb bin ich nicht sanguin.“

So sagte Herr Senator Burchard, namentlich er zwei Monate

Zeit gehabt hatte, sich zu informieren, am 29. März hier im Reichstage. Aber einige Monate später sprach er in der Hamburger Bürgerchaft wie folgt:

„Nun habe ich darauf am 29. März in Berlin erklärt, ich müsse die Behandlung des Herrn Mollenhuth richtig stellen, und ich habe dazu wirklich gesagt: „Ich beabsichtige nicht, in die Sache weiter einzugehen, das Verfahren ist längst eingeleitet, die Leute bekommen ihr volles Gehaltsbeträge ausgezahlt.“ In dieser Bestimmtheit war in der Erklärung ein Irrthum enthalten (Hört! Hört!) bei den Sozialdemokraten) und ich habe dann in meinen Ausführungen einen zweiten Irrthum begangen, dessen ich mich offen schuldig bekenne. Ich habe gesagt: „Für diejenigen Beamtenstellen, die nicht mit Assistenten erster Klasse besetzt sind, sondern mit Assistenten zweiter Klasse und Supernumeraren, würde vom Reich auch nur der geringere Betrag vergütet.“ Das war ein Irrthum, ich bin inzwischen eines Besseren belehrt worden.“

Nun, wenn der Herr Senator zwei Monate Zeit hatte und mit dem Reich die Sache, die ich heute hier in Zukunft eines Besseren belehren, so hätte er am meisten Ursache gehabt, sich zunächst über den Zustand zu informieren. Die Summen sind nicht so unerheblich. Herr Senator Burchard gab damals die gesammten Ersparnisse auf 400 000 M. an, wovon noch 230 000 M. wieder für Supernumerare verausgabt sind. Die Summen sind ganz erheblich höher. Ich habe hier eine Zusammenstellung aus dem Staatshaushaltetat, daß allein bei den Assistenten erster Klasse in den fünf Jahren von 1890-94 die Summe von 376 008 M. gebahrt wurde. (Hört! Hört!) Dabei ist noch zu bedenken, daß nach dem Besoldungsgesetz vom 17. Mai 1888 die Assistenten erster Klasse mit einem Durchschnittsgehalt von 2550 M. herabgesetzt sind, während man sie später im Etat auf 2300 M. herabgesetzt hat, ohne das Gesetz zu ändern, so daß die Ersparnisse noch erheblich größer geworden sind. Nun sagte zwar Herr Roeloffs in der bekannten Abgrenzungssitzung, die ich hier zitierte, das Etatbalanzensystem, nach welchem die Bezüge der Beamten des Reichs gegenüber berechnet werden, passe eigentlich für einen so jungen Beamtenkörper, wie es die Hamburger Zollbeamten sind, gar nicht. Es ist doch aber gesetzlich festgelegt, sie haben nicht das Dienstalterssystem sondern das Etatbalanzensystem, und trotzdem haben sie die Durchschnittsgehälter niemals ausgezahlt und zwar für Jahr erhebliche Ersparnisse gemacht. Ich denke, hier hat das Reich sehr wohl ein Recht, mitzureden, denn die Summen werden direkt vom Reich bewilligt. Entweder muß die Summe, die den Einzelstaaten für die Besoldung der Beamten überwiesen wird, an diese Beamten ausgezahlt werden, oder die Ueberschüsse müssen an die Reichskasse zurückfließen. Als Entschädigung dafür, daß diese Gelder nicht ausgezahlt werden, wurde in der bezüglichen Abgrenzungssitzung angesetzt, daß ja Hamburg auch berechtigt Zollbeamten angestellt habe, wofür es in den ersten Jahren vom Reich keine Vergütung erhalten habe. Nun sind aber doch diese Zollbeamten nicht im Interesse der Zollhebung, und wenn Hamburg einfach darauf gedrungen hätte, dieses Geld vom Reich zu erhalten, so würde es unstrittig diese Summen erhalten haben. Ganz bedeutende Summen sind bisher den Beamten vorenthalten worden. Ich habe voriges Jahr bereits darauf hingewiesen, daß die leihweise von Preußen übernommenen Assistenten erster Klasse bei ihrem Eintritt in den preussischen Dienst das vorenthalten Geld auf Veranlassung des preussischen Justizministers von Hamburg ausgezahlt bekommen haben. Was aber den preussischen Beamten recht ist, sollte den Hamburger Beamten billig sein.

Senator Dr. Müllmann erklärt, daß jene Summen als Bonifiquantia vom Reich überwiesen werden, das aber ihre Verwendung Reichstag und Bundesrath nicht zu bestimmen habe.

Müller (Fg.) fragt an, ob bei einer Ueänderung des Margarinegesetzes die Bestimmung über die Trennung der Verkaufsräume beibehalten oder doch geändert werden würde.

Staatssekretär Graf v. Posadowsky erwidert, daß die bezügliche Bestimmung rechtzeitig genug veröffentlicht werden werde.

Mollenhuth (Sd.) dem Herrn Dr. Müllmann muß ich erwidern, daß es doch zur Kompetenz des Reichs gehört, über jene Summen für die Zollhebung werden keineswegs im Pauschquantum bewilligt, sondern mit der bestimmten Direktive, sie für die Besoldung der Beamten zu verwenden. Wenn diese auch Beamte der Einzelstaaten sind, ihre Bezüge werden doch durch den Reichshaushaltetat geregelt. Was wäre dann die Folge, wenn jene Summen wirklich zur beliebigen Verwendung übergeben werden würden. Es würden dann diejenigen Staaten, welche an der Zollhebung theilhaftig sind, sich ganz erhebliche Einnahmen auf Kosten des Reichs verschaffen. Natürlich ist es aber unzulässig, daß sie sich in den Besitz von den Vortheilen setzen, bei denen das Reich oder auch ihre Beamten übervoththeilt werden.

Staatssekretär v. Thielmann bemerkt, daß Abg. Meyer sich in seiner Berechnung der Zinssumme geirrt habe, und zwar um das Siebenfache.

Graf Limburg-Stirum (R) befürwortet besseren Schutz für unsere Fahrrad-Industrie durch Erhöhung des Zolles gegen amerikanische Fahrräder.

Dr. Barth (Fg.) Der Antrag Limburg löst nur auf eine Verstärkung des Fahrradbesitzes hinaus; unsere einheimische Fahrrad-Industrie hat gerade an den niedrigen Zöllen ein Interesse da sonst die inländische Konkurrenz großgezogen werde.

Graf Limburg-Stirum (R) erwidert, die Konservativen hätten nie einseitig die Interessen der Konsumenten im Auge gehabt.

Damit schließt die Diskussion.

Der Titel wird bewilligt; ebenso der Titel „Tabaksteuer“.

Die Weiterberatung wird auf Dienstag 2 Uhr vertagt. (Näheres Geheh, betr. die feierliche Gerichtsbarkeit; Postdampfer-Subventionen-Novelle).

Schluß 5 1/4 Uhr.

**Libert und Nachbargebiete.**

16. Februar.

Achtung, Schneider! Ueber das Geschäft von A. Deppe, obere Fleischhauerstraße Nr. 8, ist von den Schneidern Lübeck's die Sperre verhängt.

Das Streikkomitee.

S. A.:

R. Schenk, Lederstraße.

Zu dem Urtheil in der Sache Zivilklage der hiesigen

Wollfabrikanten bemerkt der „Vorwärts“:

„Man darf wohl hoffen, daß dieser für die Arbeiter ansehnlich wertvolle Grundsat auch in dem schriftlichen Urtheil, das noch aussteht, enthalten sein wird, damit das berufliche Interesse des deutschen Arbeiters endlich einmal in der hier in Frage kommenden Beziehung den Schutz eines obergerichtlichen Urtheils genießt. Wir wissen wohl, daß die übrigen Oberlandesgerichte in Deutschland nicht erzwungen werden können, den Grundsat des hiesigen Oberlandesgerichts ebenfalls zu praktizieren, immerhin dürfte die Beziehung auf dieses Urtheil nicht ohne Einfluß bleiben, denn es ging vom Gerichtshofe eines Ortes aus, der einen der größten Vorkämpfe sah, den die Arbeitergeschichte Deutschlands zu verzeichnen hat. — Es beweist den Tiefstand unserer Justiz in Fragen des Arbeiter-Koalitionsrechts, daß ein Urtheil wie das obige noch besondere Hervorhebung verdient.“

Die Klage kann auch noch vor dem Reichsgericht zum Austrag gebracht werden. Schluß dieses

den Entscheidungen der Vorinstanzen an, so wäre die

Bedeutung des Urtheils eine noch weit größere. — Wundern muß es freilich jeden unbefangenen Beobachter, daß dieses wegen seiner ruhigen Würdigung der Sachlage kühnen erregende Urtheil von Richtern erster Instanz ausgegangen ist, welche schon so manches die Arbeiterchaft auf das Tiefste berührende, den thätiglichen Verhältnissen, den Angelegenheiten recht wenig Rechnung tragende Urtheil mitfallen ließen. Wir stehen da vor einer ganz merkwürdigen Thatsache.

„Segetlung“ ist das neueste zur Vertheidigung des Marinelliers von einem gewissen E. B. v. D. v. D. in gemüthliche Wort. Wir entdecken dieses Monstrum ohne Fragezeichen im Amtsblatte.

Ein gewisses Fayethum macht sich seit einiger Zeit in der „E. Z.“ und dem „Gen. Anz.“ breit. Weißt wird durch Schnodderigkeit erhebt. Bei der „E. Z.“ grassirt diese Krankheit in der polnischen Wochenschau, bei dem „G. A.“ in den Gerichtsreferaten.

Die Arbeiter-Liebertafeln machen wir auf die im Inseratenthaltene Aufforderung des Märzfeier-Komitee's aufmerksam.

Einiges vom groben Unfug. Am 28. Dezember v. J. verurtheilte das hiesige Schöffengericht die Banarbeiter Heinemann und Däler, sowie die Tischler Meyer und Liesegang wegen groben Unfug, begangen durch Streikpostenstreiken zu je drei Tagen Haft. Die Tischler Meyer und Jenning wurden freigelassen. Sowohl von den Berufteiten als auch seitens der Staatsanwaltschaft wurde gegen dieses Urtheil Berufung eingelegt. Die Verhandlung fand am 12. d. M. vor der hiesigen Strafkammer statt. Den Vorsitz führte Landrichter Dr. Sommer, die Anklage vertrat Staatsanwalt Dr. Völke. Die Angeklagten hatten Rechtsanwalt Dr. Wis mit ihrer Vertheidigung betraut. Sämmtliche Angeklagte beantragten ihre Freilassung. Die Anklage wurde das Schöffengerichtliche Urtheil wurden verlesen. In der Rede Heinemann erklärte zunächst Heinemann, daß bei ihm von Streikpostenstreiken nicht die Rede sein könne, er habe sich zur fraglichen Zeit an der Ecke der Frlsch- und Einhäusern-Lauerstraße aufgehalten, nicht aber am, wie ihm zur Last gelegt wird, dem Arbeitsnachweis der Bauhütte zu beobachten, sondern um im Elektricitätswerk um Arbeit anzufragen. Gleichfalls protestirt er gegen die Ordnungstrafe von 3 M. Er sei von dem Schynmann nicht aufgefordert worden, weiter zu gehen, sondern sofort zur Wache führt. Schynmann Haupt als Zeuge erklärt, von einem Kameraden erfahren zu haben, daß sich v. schon am Tage vorher dort aufgehalten habe. Es waren übrigens 2 Männer anwesend, die ihm als Streikposten verdächtig erschienen. In v. stellte er die Frage, was er da mache, erhielt jedoch ausweichende Antwort. Seiner Aufforderung, weiter zu gehen, leistete v. nicht Folge, deshalb nahm er ihn zur Wache. Auf Befragen erklärte Zeuge, auf Befehl seiner vorgeleiteten Schürde gehandelt zu haben; daß sich Arbeiter nach dem Arbeitsnachweis der Bauhütte begeben haben, sei von ihm nicht bemerkt worden. Banarbeiter Däler wird zur Last gelegt, in der Lessingstraße während des Ausstandes der Banarbeiter Posten gestanden zu haben. D. bestritt, längere Zeit dort gewesen zu sein. Schynmann Vorke sagt aus: Zimmermeister A. u. m. a. n. habe in der Mählenthorwache mitgetheilt, daß sich in der Lessingstraße ausständige Banarbeiter aufhielten, der in seinem Bau beschäftigte Maurermeister P. f. u. s. i. n. g. werde dieselben bezeichnen. Er (Zeuge) begab sich dorthin und beobachtete längere Zeit den ihm von P. f. u. s. i. n. g. bezeichneten Angeklagten und führte ihn schließlich zur Wache. Dort habe sich derselbe als Erntearbeiter ausgegeben, später jedoch eingedrückt, Banarbeiter zu sein. Maurermeister P. f. u. s. i. n. g. erklärte, daß sich beständig Streikende dort aufgehalten haben. Ob der Angeklagte der von ihm bezeichnete sei, könne er nicht mit Bestimmtheit sagen. Bei ihm wären sämmtliche Leute in den Ausstand getreten, weshalb er sich mit dem Vorkämpfer befehlen mußte. Es sei ihm geblüht einen Arbeiter zu bekommen, der sich mehrfach bei ihm über Befestigungen beklagte. Maurermeister P. o. g. kann nur auslegen, daß Streikposten angestellt waren, wer, das wisse er nicht. Arbeiter D. u. e. l. l. e. r. hat während des Ausstandes der Banarbeiter gearbeitet und bezeugt, des Desteren mit hiesigen Nebenarten befestigt worden zu sein. Nur der persönliche Schutz seines Arbeitgeber's habe ihn bestimmt, bei der Arbeit zu bleiben, sonst wäre es nicht anzuhalten gewesen. Bezüglich der Anklage gegen Meyer und Liesegang, die beschuldigt werden am 11. Aug. v. J. vor der Fabrik Schramm Posten gestanden zu haben wird Groß als Zeuge vernommen. Derselbe giebt an, von Herrn W. Senff gerufen worden zu sein. Bei seinem Kommen habe sich Herr E. Senff mit dem Angeklagten Meyer in Wortwechsel befunden. Liesegang sei dabei gewesen. Ferner erklärt Zeuge, den Angeklagten Meyer des öfteren vor dem Hüttenhof gesehen zu haben. Zeuge E. Senff giebt zunächst eine drastische Schilderung über die Bewachung der Fabriken seitens der Arbeiter. Er erwähnt bereits Bekanntes. Man kam hinzu, daß speziell am 1. Mai der Tumult so groß gewesen sei, daß er befürchtet habe, seine Fabrik wüßte in der Nacht angezündet werden. (Hat der Mann aber Angst. D. M.) Auf Vorstellungen bei dem Herrn Polizeikommissar seien ihm zwei Schutzeleute als Nachwache zugewiesen worden. In der zur Verhandlung stehenden Sache erklärt er, Meyer und Liesegang haben sich vor der Fabrik aufgehalten, um die dort in Arbeit getretenen Köhler Tischler zu überreden, die Arbeit niederzulassen. Er sei darüber mit Eiferem in Wortwechsel gerathen und dabei so erregt gewesen, daß er nicht mehr sagen könne, ob die Anklage Meyer's, er habe ihn gestochen, der Wahrheit entspreche. In demselben Sinne macht Zeuge W. Senff seine Aussagen, fügt nur hinzu, beide Angeklagten öfters beobachtet zu haben. Damit schließt die Beweisaufnahme. Der Vertheidiger geht in kurzen Worten auf die einzelnen Fälle ein und berührt gleichzeitig die seiner Zeit vom Oberlandesgericht gestellten Bedingungen. Der Vertreter der Anklage fährt aus, daß durch die Zeugen der Beweis erbracht sei, daß die Angeklagten sich am Streikpostenstreiken theilhaftig haben. Meyer und Liesegang haben sich darin besonders hervorgethan. Letzterer habe sich auch an der Bahnhofsstraße theilhaftig und sei dafür bestraft worden. Er stelle es in das Ermessen des Gerichts, ob für diese auf eine höhere Strafe zu erkennen sei. Die Berufung beantrage er zu verwerfen. Nach kurzer Berathung giebt der Vorsitzende das folgende Urtheil ab: Die Beweisaufnahme sei lediglich zu Ungunsten der Angeklagten ausgefallen. Durch die Aussagen des Zeugen W. Senff sei ganz besonders bei Meyer und Liesegang die strafbare Handlung erwiesen. Dieselben sind öfter beobachtet worden, letztere wegen dieses Vergehens bereits vorbestraft. Das Urtheil des Schöffengerichts wird deshalb gegen diese Angeklagten aufgehoben. Das Gericht erkennt gegen Meyer auf eine Haftstrafe von fünf Tagen, gegen Liesegang auf eine solche von zehn Tagen. Bei Heinemann und Däler wird die Berufung verworfen, es bleibt somit bei der vom Schöffengericht erlassenen Haftstrafe von drei Tagen.

Aus der Möbel-Industrie. Auf der Möbel-Fabrik von W. Senff sind am Sonnabend zwei Tischler entlassen worden, weil sie in dem Verdacht stehen, auf einen dem Arbeiter S. gehörigen Klotz das an dessen Thätigkeit während des letzten Streiks erinnernde Wort „Arbeitswilliger“ geschrieben zu haben. Beide bestritten, dieses gethan zu haben, sind aber daraufhin von dem Möbel-Fabrikanten Schramm nicht in Arbeit gestellt worden. — Weiter wird uns mitgetheilt, daß die Arbeitszeit bei



der Firma W. Senff erheblich reduziert sei. Ob viel- leicht Del und Kohlen im Preise gestiegen sind? Oder ob die junge Möbel-Industrie jetzt leistungsfähiger ge- worden ist? Vor einem Jahre konnte sie doch noch nicht eine halbe Stunde missen!

Der Hauptmörder ist bisher trotz schwieriger und um- fassender Ermittlungen nicht gefunden worden.

Vom Tage. Ein Zigarrenarbeiter stahl einem Haus- diener ein Paar Stiefel und ein Paar Hausschuhe und unterließ einem Kollegen eine silberne Uhr. (Es ist der unter Eutin bezeichnete Schwalber, D. N.) — Aus einem Zigarrenladen in der Königstraße wurden nach Herausheben einer Kiste des Schalkens in der Nacht auf Montag ca. 70 Zigarren entwendet.

Pensioniert ist der Haupt Otto vom hiesigen Polizeiamt.

Den Lübecker Stand von den Postoffeln geschüttelt haben einige in gewissen Kreisen nicht unbekante Per- sonen. Ein Schlachter wird flehentlich gesucht, bei einem anderen der Verdacht, einem gewaltigen Daseinlich- haber, welcher stotte Kräfte in gesunde Klassen gebracht haben soll, dürfte Wunders vorzuziehen. In Arbeiter- kreisen haben diese Leute sich nicht bewegt.

Gluc Holzauktion findet im Grossförder Fortstrasse, Bezirk Walfenau, am Darsch, am 22. Februar d. J., Montag 2 Uhr, beim Gastwirth Schwan in Blantsee, aus den Fortstrassen Hildberg, Bernthum und Tannenloppel über: 70 Rmr. Buchen Klotz und Knüppel, 200 Rmr. Kiefern Klotz und Knüppel, 11 Cw. Eichen Kleinholz, 175 Stück Buchen Scherte, 1400 Stück Fichten Behandlungen und Baumstämme, 150 Stück Haufen Sand- und Nadelholz-Nach.

Gefundene Gegenstände. Als gefunden beim Polizeiamt eingetruhen: 1 gold. Uhrkette mit Proteographie, 1 goldenes Cylinderring, mehrere Porzellanstücke mit Inhalt.

Testamentsöffnungen. In der Sitzung des Amts- gerichtes am Donnerstag des 17. Februar 1898, Vor- mittags 10 1/2 Uhr wird eröffnet werden: 1. das Testa- ment der hieselbst am 2. Februar 1898 verstorbenen un- verehelichten Catharina Maria Margaretha Hoff; 2. das Testament des hieselbst am 7. Februar 1898 verstorbenen Privatmannes Friedrich Gottlieb Hoff; 3. das Testament des hieselbst am 28. Dezember 1897 verstorbenen Rentiers Friedrich Ernst Ernst Freitag; 4. das gegenseitige Testament des hieselbst am 12. Januar 1898 verstorbenen Privatmannes Johann Friedrich Hoffmann und seiner

ebenfalls verstorbenen Ehefrau Anna Christina Elisabeth geb. Jov. 5. das gegenseitige Testament des hieselbst am 6. Februar 1897 verstorbenen Privatmannes Hermann Joachim Claus Wilde und seiner ebenfalls verstorbenen Ehefrau Caroline Franziska Antoinette geb. Müller.

Die Gattin, Schwindel. Sonnabend Vormittag erschien in der Eutinischen Wirthschaft am Markt ein Fremder und ließ sich dort einige Glas Bier und ein Mittagessen verabreichen. Bald darauf ließ sich derselbe, der seinem Gespräche nach in Eutin bekannt sein mußte, vom Wirth ein Behälter mit Wein holen. Der Wirth, ein alter, schwerhöriger Mann, der sich ansah, einer Zu- erziehung bezuziehen, und behauptete etwas weniger Auf- merksamkeit auf den Gast richtete, verließ in der Eutin, das eingewechselte Goldstück an sich zu nehmen und machte sich im Nebenzimmer zu schaffen. Die Gelegen- heit benutzte der Fremde und verschwand lehnlos mit dem Goldstück und dem eingewechselten Silberstück auf die Straße. Die Eutin bez. Wirth, welche gewöhnlich die Wirthschaft unterhält, eilt ihm nach, ersah ihn am Alime und forderte ihn auf, die Preise zu bezahlen und das Behälterstück herauszugeben. Der Fremde ver- sicherte, gleich wieder kommen zu wollen, ließ sich los und verschwand gleich darauf in einer benachbarten Straße. Da der Wirth nun aber an das Wiederkommen nicht glaubte, so ließ er die Polizei vom dem Vorfall in Kenntniß, welcher es aber im Laufe des Abendings nicht gelang, des Schwindlers habhaft zu werden. Der- selbe hatte die vorhergehende Nacht im „Hof“ am Volke, Kellersstr., übernachtet, dort auch alles bezahlt und angegeben, daß er aus der Lübecker Gasse zum Eutinigen Cigarrenarbeiter von Profession, aber seit circa 10 Jahren in einer großen hiesigen Exportfabrik angestellt und gegenwärtig für dieselbe auf Meise sei, um Behälter einzukaufen. Sonnabend Abend in später Stunde erschien der Wirth ganz unerwarteter Weise wieder im Hof'schen Hof und zwar total betrunken. Er setzte sich an einen Tisch und schielte sofort an. Der Wirth, welcher von dem ersten Vorfall Kenntniß hatte, ließ durch einen Nachwächter der Polizei benachrichtigen, welcher denn auch bald erschien und den Betrunkenen verhaftete. Derselbe war so betrunken, daß er überhaupt nicht wußte, daß er in Eutin sei, nur vielmehr in dem Wirth'sen Hof, in Lübeck zu sein. In seinem Pöckel soll er sich noch 6 Mk. behalten haben. Ob „Hof'scher Hof“, der außer um die hiesigen 10 Mk. auch noch um die 3-Mark

im Betrage von 1.65 Mk. gepreßt ist, wieder zu seinem Gelede kommt, dürfte demnach noch fraglich sein

x Lübecker. Geisteskrank? Bei einem Wächter in Bahrsow bemerkte man seit längerer Zeit das Ver- halten dieser Eutin, sowie, daß keine bemerkt ge- worden war. Der Verdacht wandte sich auf den dort arbeitenden B. Am letzten Sonnabend legte man sich mitunter Mühen eines Genesenen auf die Spur und sahte auch den Verdächtigen wirklich an. Der Ueber- thäter ist jedoch augenscheinlich geistig gestört, er hat schon mehrfach solche Anwandlungen gezeigt und sich auch schon mit Selbstverwundungen gütigen. Muß es doch auffallen, daß er sich doch Einlege vertritt, obwohl seine Eutin keines ist und er in hiesigen hiesigen Verant- worten ist. Es ist zu erwarten, daß man seinen Geisteszustand genau untersuchen wird. Die Eutinigen kommt her der Fall Starke-Herrenburg in's Gedächtnis, bei dem der Betreffende zu 10 Jahren Zucht- haus verurtheilt wurde, obwohl Herr Dr. Kenter konstatierte, daß Geisteskrankheit und Neigung zum Geheuen nicht ausgeschlossen sei. Im Zuchthaus stellte sich dann alsbald heraus, daß er geistig völlig unzurechnungsfähig war, und so wurde eine Ueberführung in die Irrenanstalt ver- anlaßt.

### Briefkasten.

Herrn, Dienstag, 9 Uhr.  
Lübecker. Wenn es während der Arbeitszeit passirt, gewiß!

Stadttheater. Morgen, Mittwoch, findet die erste Wieder- holung des mit beispiellosem Erfolg angenommenen neuen Lustspiels von Blumenthal und Adelsburg „Im weißen Hölzl“ statt. Die vorerzählte Inszenierung, die entzückenden neuen Decorationen, die neuen technischen Effekte — so ist die Vorrichtung, den Platzregen auf der Bühne hervorzubringen, ein Meisterstück der Bühnentechnik und von der Direction mit verhältnismäßig großer Kostenaufwande eigens für das „weiße Hölzl“ angeschafft. Dies alles im Verein mit dem so überaus lustigen Inhalt des Stückes und der vorzüglichen Dar- stellung macht das „weiße Hölzl“ zum größten „Schlager“ dieser erfolgreichen letzten Spielzeit unter der Direction des Herrn Erdmann, welcher wohl bis zum Ende derselben mit unverlangten Häusern seine Hauptkraft bewahren wird. Donnerstag geht zum ersten Male bei Schauspieltheater im Abonnement die erfolgreiche Neuheit „König Heinrich“ von Ernst v. Wildenbruch in Scene.

Wilhelm-Theater. Am nächsten Sonntage gastet nun auch das Opernensemble des Stadttheaters und zwar mit der Operette „Don Cesar“.

## Otto Gennburg's Concerthalle.

Täglich: Großes Concert (Damen-Kapelle).

Mittwochs und Sonnabends: Frühschoppen.

### Liedertafeln

welche gewillt sind, bei der Märzfeier mitzu- wirken, werden erucht, sich bis Sonnabend den 19. Februar bei Genossen J. Neppenhagen, Gumbrechtstr. 37, zu melden und möglichst die vor- zuzugenden Lieder sorgfältig anzugeben.  
Das Comité.

## Margarine

welche der feinsten Meierei- und Bauern- Butter gleich kommt, ist stets in schöner frischer Qualität zum Preise von 50, 60 u. 65 Pfg. bei mir im separaten Laden, (Eing. links), wo auch der Verkauf von diversen

## Fleisch- u. Wurstwaren

stattfindet, zu haben.  
Ein Probe-Versuch wird Obiges bestätigen.

## Ferd. Schreiber

20 Langer Lohberg 20.

### Zweimal täglich frische Butter

Pfund 1,05 Mk.  
Jürens, Schönenstraße 38.

## Quäker Oats

Ärztlich empfohlen.  
Nur in Packeten.  
Überall käuflich. Ver- suchet die Recepte auf den Packeten.

### Zur Rettung von Trunksucht!

versende Anweisung nach langjähriger appro- birteter Methode zur sofortigen radikalen Besei- tigung mit, auch ohne Vorwissen, zu voll- ziehen, keine Berufsstörung, unter Garantie. Briefe sind 50 Pfg. in Brief- marken beizufügen. Man adressire: „Medizinische Buchhandlung Bloch, Leopoldshöhe, Baden.“

### Laubsäge-Holz

per Meter von Mk. 1 an.  
Vorlaar Katalog und Preisliste über alle Laubsäge-Messarten gratis.  
G. Schaller & Comp.  
Konstanz, 3 Marktstraße 3.

## Öffentliche Former-Versammlung

am Freitag den 18. Februar  
Abends 8 Uhr  
im Vereinshaus, Johannisstraße 50.  
Tages-Ordnung:

Die kommenden Kämpfe der Former und Metallarbeiter unter Berücksich- tigung der neuesten Maßnahmen der Unternehmer aus der Mera Stumm.  
Referent: M. Sandler-Lübeck.  
Die Metall-Arbeiter sind hierzu eingeladen. Um zahlreiches Erscheinen ersucht.  
Der Einberufer.

## Metallarbeiterverband

Section der Klempner.

## Versammlung

am Mittwoch den 16. Februar  
Abends 8 1/2 Uhr  
bei F. Lecke, Lederstrasse 3.  
Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht.  
NB. Sonnabend: Außerordentliche com- binirte Versammlung im Vereinshaus

## Vereinshaus.

Zu dem am  
Donnerstag den 17. Februar d. J.,  
Abends 8 1/2 Uhr  
stattfindenden

## Fastnachts-Essen

ladet alle Freunde und Genossen ganz ergebenst ein  
A. Stolle.  
NB. Der Unterschriftsbogen liegt im „Vereins- haus“ aus.

## Allgemeiner öffentlicher Vortrag

am  
Sonnabend d. 19. Februar  
Abends 8 1/2 Uhr  
im Saale des Concordia-Gartens,  
Wäghenbrücke 13.  
Redner: Herr Otto Wagner,  
Direktor der Bilz'schen Naturheilanstalt  
in Dresden-Neubau.

## Gicht und Rheumatismus.

(mit Erklärungen  
an großen Abbildungen.)  
Eintrittskarte zu 10 Pfg.,  
welche für diesen Vortrag auch die Mit- glieder des unterzeichneten Vereins zu zahlen haben, sind im Vorverkauf bis zum 19. d. M., Nachm. 6 Uhr, erhält- lich bei den Herren Heintz, Görtz, Gr. Burgstraße 37, Carl Lohmann, Gde. Hölstenstr. und Obertrave, Ernst Albrecht, Wäghenbr. 7a, C. Witt- foot, Hüftstraße 18, H. Klempner, Königstraße 115 und G. Weiland, Königstr. 72; an der Abendkasse 20 Pfg.

## Der Vorstand des Vereins für Gesund- heitspflege und Natur- heilkunde

(arzneilose Heilweise)  
in Lübeck.

## Wilhelm-Theater.

Sonntag den 20. Februar 1898:  
Gastspiel des Stadttheaters.  
Don Cesar.  
Große komische Operette in 3 Akten von Dellinger.  
Aufang 7 1/2 Uhr.

## Stadt-Theater.

Mittwoch: Außer Abonnement. Opernpreise  
Neuheit. Durchschlagender Erfolg.  
Im weißen Hölzl.  
Lustspiel in 3 Akten von Blumenthal u. Adelsburg.  
Donnerstag: 93. Abonnem.-Vorst. 3. Abthl. Welt.  
Schauspielpreise.

## König Heinrich.

Speise-Halle Hansa  
Wengstraße 24.  
Heute Mittwoch: Grapenstuppe mit Rosinen, ge- bratene Dorsch, Kartoffeln, Sauce, Apfelcompot.



## Chronik auf das Jahr 1818.

**16. Februar** Station. In Rom herrscht Unbreitsichtigkeit und Aufregung. Der Papst hat eine Kommission aus Kardinälen und Prälaten ernannt, die ermitteln soll, wie weit man in der Gewährung politischer Freiheiten gehen könne, ohne Gefährdung der Einrichtungen und Aufgaben des Kirchenstaates. Auch in den übrigen italienischen Staaten wünscht man, daß der Kirchenstaat eine Verfassung einführe, damit diese Staatsform durch den Papst geweiht erscheine.

## Der Zola-Prozess.

Paris, 11. Februar.

(Fortsetzung aus dem Hauptblatt.)

Oberst Picquart belundet weiter: Was das Telegramm mit der Unterschrift Blanche angeht, so rühete es von jemand her, der durchaus über die Angelegenheit Esterhazy auf dem laufenden zu sein schien; das Telegramm besagte: „Man hat Beweise dafür, daß die mit Georges unterzeichnete Mohrpostkarte von Ihnen herrührt u. s. w.“ Alsobald informierte ich den Generalstaatsanwalt von Tunis und schrieb an den Kriegsminister, um ihm von den Thatsachen Meldung zu machen und die Einleitung einer Untersuchung zu verlangen. Wenige Tage danach wurden zu meinem größten Erstaunen diese Thatsachen von der Drumontschen (antisemitischen) „Libre Parole“ erzählt.

Sodann berichtet Oberst Picquart über seine Vernehmung durch den General Pellieux in Paris. Er erzählt, er sei wegen einer großen Anzahl von Punkten angegriffen und nicht als Zeuge, sondern als wirklicher Angeklagter behandelt worden. Vor dem Major Ravary sei es eben so gewesen. Der Berichtsteller in der Esterhazy-Affäre, sagt Picquart aus, schied sich viel mehr mit dem zu beschäftigen, was ich gethan hatte, als mit dem, was den Major Esterhazy betraf. Und doch habe ich viele Dinge gemeldet, die diesem Offizier zum Vorwurf gereichen. So z. B. eine Unterschlagungssaffaire, die in Syon spielte und die Esterhazy hätte vor das Kriegsgericht führen können. Viele in Tunis stehende Offiziere, die ihn kannten, hatten mir vielerlei wenig Günstiges über ihn mitgeteilt. Man legte aber keinerlei Gewicht auf meine Angaben!

Picquart suchte sich nun in betreff der gegen ihn erhobenen Anschuldigungen zu rechtfertigen, die darauf hinarangingen, er habe den Brief mittels einer Postkarte oder die Photographie der Mohrpostkarte fälschen wollen. Picquart giebt, nach seiner Meinung sehr natürliche Gründe für seine Handlungsweise an und bestreitet formell, jemals in Gegenwart Leblois' ein geheimes Aktenstück in Händen gehabt zu haben.

Dann rechtfertigt Picquart die Hausdurchsuchungen, die er bei Esterhazy vornehmen ließ, und führt aus, er habe sich darauf beschränkt, zu Esterhazy, dessen Wohnung zu vermieten war, den Agenten zu senden, der ihn gewöhnlich überwachte, und dieser Agent habe ihm lediglich eine

Karte gebracht, die ihm dazu gedient haben, die Handschriften zu vergleichen. Besonders habe der Agent konstatiert, daß viele Papiere im Kamin verbrannt worden seien.

Albert Clemenceau, der Verteidiger, beantragt nun neuerdings, daß ein Richter zu Madame Doulauch geschickt werden, um sie zu vernehmen, und bittet den Gerichtshof, über diesen Antrag Beschluß zu fassen.

Als Picquart von den Gerichtsschranken zurücktritt, wird ihm eine wahre Ovation bereitet, man klatscht dem Offizier, dessen elegante Jäger-Uniform aller Blicke auf sich zieht, begeistert Beifall und ruft: „Es lebe Picquart!“ „Es lebe die Armee!“ während im Hintergrunde des Saales einige Proteste laut werden.

Die Sitzung wird suspendirt. Es herrscht große Erregung, und äußerst lebhaftes Zwiegespräch entspinnt sich zwischen den Advokaten und dem sehr nervösen Publikum.

Da es junge, noch in der Vorbereitung begriffene Advokaten waren, die Picquart am begeistertsten zugestanden hatten, so begab sich eine Anzahl Advokaten zu dem Stadtrath (dem Vorstehenden) Pleyer, um bei diesem gegen eine solche Handlungsweise Einspruch zu erheben. Pleyer suchte inselgedessen in den Waidelgängen die Generale Mercier und Gouze auf, drückte ihnen die Hand, versicherte sie der Achtung des Advokatenstandes vor der Armee und sprach sein Bedauern darüber aus, daß gewisse junge Advokaten nicht die Zurückhaltung bewahrt hätten, die das Amtleib, das sie trügen, ihnen auferlegte.

Als die Sitzung wieder aufgenommen wurde, theilte der Präsident mit, Personen, die nicht zum Advokatenstande gehörten, hätten unbecifigter Weise das Amtleib der Advokaten angelegt! Im Einvernehmen mit dem Stadtrath der Advokaten seien die strengsten Maßregeln getroffen, um eine Wiederholung solcher Vorkommnisse zu vermeiden.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung stellt Labori an Picquart die Frage, was die Rolle des Chefs des Nachrichtendienstes sei.

Picquart antwortet, er könne im Großen und Ganzen sagen, dieser Chef habe sich mit den Spionage-Angelegenheiten zu beschäftigen, die die Landesverteidigung betreffen.

Labori: Haben Sie dem Prozeß Dreyfus als Vertreter des Kriegsministers beigewohnt?

Picquart: Ich ziehe es vor, nicht darauf zu antworten.

Labori: Haben Sie Ihrem Vorgesetzten mitgeteilt, daß Esterhazy als der Urheber der falschen Mohrpostkarte angesehen werden könnte?

Picquart: Ja.

Labori: Haben Ihre Vorgesetzten Ihnen gesagt, daß noch andere Beweise als das Vordercau für die Schuld Dreyfus' vorliegen?

Picquart: Nein.

Labori: Worauf führen Sie die Umtriebe zurück, deren Opfer Sie waren?

Picquart: Ich glaube, diese Umtriebe verfolgten den Zweck, der Möglichkeit, die Schuld Ester-

hazy nachzuweisen, ein Hinderniß entgegenzusetzen.

Labori: Glauben Sie, daß Esterhazy daran theilhaftig war?

Picquart: Ich glaube es.

Labori: Hatte Esterhazy Mitschuldigen?

Picquart: Gewiß.

Labori: Konnten diese Mitschuldigen im Kriegsministerium sein?

Picquart: Ich denke. Im Kriegsministerium war jemand, der in Verceff der Umtriebe auf dem Laufenden war. Das ist nicht abzuleugnen.

Auf eine weitere Anfrage erklärt Picquart, daß seine Sendung nach Tunis, in seinem Sinne wenigstens, nicht durchaus nützlich war.

Labori fragt nun: Sollten Sie nicht nach Tripolis geschickt werden?

Picquart: Ich glaube, aber General Veclerc erbat neue Instruktionen, da die Sache ihm nicht notwendig schien.

Labori: War diese Mission gefährlich?

Picquart (jögern): Die Gegenüber war nicht sicher. (Anstehende Bewegung.)

Picquart fügt hinzu, nach seiner Einschiffung in Marseille seien an ihn gerichtete Briefe beschlagnahmt worden.

Labori fragt: Ist der Agent, welcher dem Ministerium die Mohrpostkarte zugehen ließ und der Esterhazy überwachte, nicht derselbe, der dem Ministerium auch das Vordercau sandte?

Picquart: Ja. (Bewegung.)

Labori: Gab also die Thatsache, daß die Mohrpostkarte aus dieser Quelle stammte, nicht zu Zweifeln Anlaß über seinen Ursprung?

Picquart: Gewiß.

Nach einer Reihe weiterer Fragen wird Picquart aufgefordert, sich darüber auszulassen, welche Auskünfte er über Esterhazy eingegeben habe.

Dann fragt Labori ihn: „Haben Sie von dem geheimen Schriftstück Kenntnis genommen, von dem so viel gesprochen worden ist, und das sich in dem geheimen Aktenstück befinden soll?“

Picquart: „Ich habe es erst gesehen, als General Pellieux es mir zeigte.“

Labori: „Welcher Art war dieses Schriftstück?“

Picquart: „Ich wünschte, ich dürfte es sagen; ich darf aber nur von diesem geheimen Aktenstück sprechen, wenn der Kriegsminister mich des Dienstgeheimnisses entbindet.“ (Sensation.)

Labori: „Ich hoffe, daß der Generalstaatsanwalt diesen Wunsch des Zeugen dem Kriegsminister mittheilen wird.“

Labori fragt weiter: „Haben Sie das Original des Vordercau gesehen?“

Picquart: „Ich glaube, ja. Ich habe besonders die photographirten Reproduktionen gesehen, die im Kriegsministerium zirkulirten.“

Labori: „War das von dem „Matin“ veröffentlichte Faksimile verschieden von dem wirklichen Vordercau?“

Picquart: „Es ist davon so wenig verschieden, daß man sich fragte, woher die Subskription kommen konnte.“ (Bewegung.)

Labori: „Kennen Sie das „erlösende“ Dokument?“

„Werden Sie sich freuen, bald wieder Fräulein Douglas im Sattel zu haben?“

Fulton kraut sich im Haar.

„Um —! Fürchte, es wird nichts werden.“

„Was —? Kann sie's nicht verwinden?“

„O, sie verwindet's schon. Ihr Doktor versichert mich, daß sie bald wieder oben auf ist. Aber —“

„Aber?“

Der Direktor zuckt die Achseln. Er scheint keine Lust zu haben, über die Sache zu sprechen.

„Auf guten Erfolg in Chicago!“ ruft Bloomfield, sein Glas erhebend.

„Danke.“

Fulton leert sein Glas in einem Zuge.

„Habe keine Veranlassung, an den Worten des Arztes zu zweifeln, besonders da er mich ein Papier hat unterzeichnen lassen, welches uns von jeder Verantwortlichkeit betreffs Miß Douglas befreit“, fährt er fort. Der Champagner löste ihm die Zunge.

„Hohe Entschädigungssumme?“ fragt der Wucherer halblaut.

„Tausend Dollars außer einer bedeutenden Liquidation des Doktors.“

Bloomfield stößt einen leisen Pfiff aus und zieht ein Condolenzgeflücht.

„Ist nicht viel“, fährt Fulton fort, „bin froh, daß wir so billig davongekommen sind.“

„Um!“ Bloomfield füllt auf's Neue die Gläser. „Weshalb glauben Sie, daß Fräulein Douglas nicht wieder in den Sattel springt?“

„Hat Freunde gefunden. Die wollen sie durchaus nicht lassen.“

„Schade! Schade!“

„Das sage ich auch, wenn ich mich im leeren Haus umschaue. Aber es ist so besser für sie. Ist viel zu gut

## Der Kampf um eine Million.

Roman aus dem New-Yorker Leben.

Frei nach dem Amerikanischen.

Von Erich Friesen.

(39. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

Frau March's Freunde ähneln ihr selbstverständlich in geistiger Hinsicht. Ehrbarere, aber auch langweiligere Leute hat Irene noch nie gesehen. Ihr Gespräch dreht sich stets nur um Diensthofen, Nachbarn und das Wetter. Auch nicht ein Fünkchen von Sympathie besteht zwischen ihnen und Irene. Auch wird gar bald bekannt, daß Irene Cirkusreiterin war, und von nun an blickt man auf sie mit Augen, in denen ein gewisser Argwohn glänzt, vermischt mit frommer Duldsamkeit. Wenn Frau March einen „schwarzen Mann“ bei sich einquartirt hätte, das Gruseln der braven Leute würde nicht viel anders sein. Schwarzer Mann oder Cirkusreiterin — Beide sind durch nichts wieder weiß zu waschen ...

Manchmal besucht Ruth Lincoln „Rosenheim“. Vor Ralph's Abreise hat sie eine lange Unterredung mit ihm gehabt, nach welcher ihre Achtung vor Irene's Charakter bedeutend stieg. Trotzdem ist es ihr auch jetzt noch nicht möglich, dem Mädchen herzliche Neigung entgegenzubringen. Das Weib in ihr ist stärker als der gute Wille.

Eines Tages hält Irene die geisttöbende Langeweile nicht mehr aus. Sie besteigt die Fähre und fährt über den Hudson hinüber nach New-York. Dort setzt sie sich mit einem frohen Gefühl der Erwartung in die Pferdebahn, die nach dem Circus Arkadien führt.

In freudiger Erregung klopfte ihr Herz, als sie von ferne das ihr so vertraute Gebäude erblickt. Doch, ach! — die Thüren sind geschlossen.

Die „Internationale Cirkus-Gesellschaft“ hat kürzlich New York verlassen.

Regen und Wind haben die obersten Plafate von den Mauern weggefegt. Ein Fegen eines zweifarbigen, Freiegar wohlbekannten Riesenzettels kommt zum Vorschein. „Blau und weiß gewinnt!“ liest sie da mit umflorten Augen.

Niedergedrückter denn jemals kehrt sie nach Hoboken zurück.

„Wer kümmert sich jetzt noch um mich?“ fragt sie sich schmerzlich.

Trotzdem — es giebt Leute, die sich im Geiste viel mit Irene beschäftigen.

Zu diesen gehört vor Allen der Wucherer David Bloomfield. Fast täglich seit ihrem Unfall zieht er Erkundigungen über sie ein. So lange ihr Zustand gefährlich war, begnügte er sich mit am Buffet des Arkadien-Restaurants aufgefundenen Berichten. Jetzt, da sie außer Gefahr ist, wird er förmlich erfinderisch in den Mitteln, etwas über sie zu erfahren.

„Hallo, Direktor! ruft er eines Tages über die Straße hinüber. „Ist es wahr, daß Sie nächste Woche zumachen?“

„Ja. Schließen am dreißigsten und machen am sechsten April in Chicago auf“, erwidert Fulton, den Straßendam übererschreitend.

„Oh —! Kommen Sie, Direktor! Wollen eine Flasche Wein auf guten Erfolg trinken! Vielleicht eine Cigarre gefällig?“

Beide treten in das Arkadien-Restaurant ein.

Fulton zündet sich eine Cigarre an und setzt sich an einen Tisch. Er ist stets zum Plaudern über's Geschäft aufgelegt.

Bloomfield bestellt Wein.



Picquart: „General Bellieu hat es mir gezeigt.“  
Lavori: „Was ist dieses Schriftstück?“  
Picquart: „Es ist dasselbe, von dem Navary behauptet, ich hätte es in Gegenwart Leblois vor mir gehabt.“

Lavori: „Was ist es denn aber für ein Schriftstück?“  
Picquart: „Aber es ist das, auf dem sich die Bemerkung befindet: Diese Canaille von D.“ (Bewegung.) Ich war sehr erregt, als ich die Veröffentlichung des Schriftstücks im „Eclair“ sah, und hatte schriftlich beantragt, daß in den Geschäftsräumen des Blattes eine Haussuchung veranstaltet werde. Man hat aber nicht geantwortet.“

Lavori: „Warum haben Sie sich mit dieser Angelegenheit befaßt?“

Picquart: „Ich erfüllte eine Gewissenspflicht.“

Lavori: „Sind Sie auf absoluten Widerstand von Seiten Ihrer Vorgesetzten gestoßen?“

Picquart: „Nein, absoluten nicht. Aber erst, wenn ich einen förmlichen Befehl erhalten hätte, hätte ich meine Pflicht als Offizier erfüllt und gehorcht. (Unhaltende Bewegung.)“

Lavori: „Haben Sie in betreff der Angelegenheiten Dreyfus und Esterhazy mit dem Kriegsminister direct in Verbindung gestanden?“

Picquart: „Ich ziehe es vor, auf diese Frage nicht zu antworten.“

Hierauf richtet der Präsident an den Oberst Picquart folgende Frage: „Geben Sie zu, Leblois in Ihrem Bureau empfangen und in seiner Gegenwart ein Altkunststück, Briefstücken betreffend, sowie den auf einer Seite offenen Umschlag eines Briefes vor sich gehabt zu haben?“

Picquart: „Ich habe Leblois oft empfangen, erinnere mich dieser Thatsache aber nicht.“

Hierauf wird der Archivar Grivelin wieder aufgerufen; er hält seine früheren, auf diesen Gegenstand bezüglichen Versicherungen aufrecht und erklärt, Picquart täusche sich, wenn er die Thatsache bestreite. Picquart erwidert darauf: „Es ist vielmehr Ihr Gedächtnis, das sie verläßt.“

Nachdem die Ruhe nach dem Verhör Picquarts wieder hergestellt ist, entspinnt sich eine lebhafteste Diskussion zwischen Lavori und dem General Bellieu, welcher letzterer versichert, Mathien Dreyfus habe ihm keinerlei Beweis für die Schuld Esterhazy's beigebracht.

Schließlich verlangt Lavori, daß der Agent vernommen werde, der das berühmte Bordereau aufgeliefert hat.

Mayor Lauth erwidert, dieser Agent sei ein einfacher Vermittler, der nicht würde antworten können. Dann wirft Lavori dem Mayor Navary vor, er habe seine Untersuchung schlecht geführt. Navary erwidert darauf: Das Militärgerichtsverfahren ist ein anderes, als das Zivile. (Erneuter Lärm.) Picquart wirft Navary vor er habe seine Untersuchung mit Hilfe von Insinuationen geführt.

Darauf wird die Sitzung aufgehoben. Als Picquart sich entfernt, kommt es zu verschiedenen Kundgebungen zwischen den höhnischen Kläffern, ein unbeschreiblicher Lärm entsteht.

Irgend ein ernstlicher Zwischenfall ist nicht vorgekommen.

Nachdem gestern Abend die Sitzung im Zolaprozess geschlossen worden war, entstand im Saale eine Tumultscene. Während von der einen Seite gerufen wurde: Es

für einen Circus. Besonders mit solchem alten Frauenzimmer wie Lotto —

„Oh — ja. Wie kamen denn die zwei überhaupt zu einander?“

„Weiß nicht, ist mir ein Räthsel. Ist jetzt nebenbei in den besten Händen. Vermuthet, der Doktor wird sie heirathen. Sorgt sich gar sehr um sie. Na, ich wünsche es ihr. Hol' mich der Teufel, wenn ich's am Ende nicht noch thue!“

Damit steht Fulton auf, leert schnell sein Glas, reicht Bloomfield die Hand und ist verschwunden.

Der Bucherer reibt sich die Hände. Das war thatsächlich eine wichtige Nachricht — schon eine Flasche Champagner werth.

Schöne Gesichte das! Wenn Irene Gordon den Doktor heirathet, kann Bloomfield gerade so viel an Lebensversicherungs-Prämien zahlen, wie die ganze Police werth ist!

Sofort giebt er ein Telegramm an seine Schwiegermutter in Bremen auf:

„Bitte um genaue telegraphische Adresse von Frau Forster. David.“

Schon am folgenden Tage erhält er folgende Drahtantwort:

„Frau Forster engagirt Ostende, Café des Rossignols, „Duchesse du Tingle-Tangle.“

Hierauf schreibt er an einen Geschäftsfreund in Ostende einen ausführlichen Brief, in welchem er fünfzig Dollars bietet für einen Schuldschein, unterzeichnet mit „Henry Forster“ und im Besitze der „Duchesse de Tingle-Tangle“.

\* \* \*

Die „Duchesse de Tingle-Tangle“, in sehr kurzem Röckchen und sehr tief decollirt, hat soeben ihr Lieb be-

lebt die Armeelief ein Advokat: Aber nieder mit den Führern!

Ein Herr schlug den Advokaten mit dem Stocke ins Gesicht. Die Untersuchung des Vorfalls ist eingeleitet. Gegen 6 Uhr abends fand eine Straßenkundgebung statt; etwa 3000 Personen durchzogen die Boulevards unter den Rufen: Nieder mit Bolo! Ins Wasser mit ihm!

Ein jüdisches Waarenmagazin wurde geplündert.

### Soziales und Partei-Leben.

Der nächste Werftarbeiterkongress wird in Lübeck stattfinden.

Hagenow. Am Donnerstag v. B. fand vor dem hiesigen Schöffengericht die Verhandlung gegen 8 Mitglieder des hier bestehenden Arbeiter-Bildungsvereins statt; dieselben hatten Strafbefehle erhalten, lautend auf je 10 Mk., in einem Falle 15 Mk. beziehentlich je 30 Mk. gegen die Vorstandsmitglieder, weil dieselben eine mecklenburgische Verordnung aus dem Jahre 1861, betr. politische Versammlungen, übertreten haben sollen. Die Amtsanwaltschaft beantragte Bestätigung der in den Strafbefehlen festgesetzten Strafen. Das Urtheil des Gerichts ging über den Antrag der Amtsanwaltschaft hinaus, indem es die 3 Vorstandsmitglieder mit je 30 Mk., die übrigen mit je 15 Mk. Geldstrafe und Tragung der Kosten belegte.

Daß die Tuberkulose eine Berufskrankheit im Kleingewerbe ist, konstatiert neuerdings die eben erschienene Statistik des Verbandes der Genossenschaftskrankenkassen Wiens, der Ende 1896 über 100 000 kleingewerbliche Mitglieder umfaßte. Aus der Statistik ist zu ersehen, daß unter den Rassenmitgliedern nahezu zwei Drittel der Sterblichkeit auf Tuberkulose als Todesursache entfallen. Pro 1896 ergeben sich, wie wir der „Sozialen Praxis“ entnehmen, folgende Daten:

Genossenschafts-Krankenkasse der	An Tuberkulose starben in % der Sterbefälle	Durchschnittsalter der an Tuberkulose Verstorbenen in Jahren
Bäcker	43,9	41,1
Buchbinder	66,8	31,7
Buchdrucker	61,1	34,1
Drechsler	67,7	34,5
Drucker	63,3	27,5
Hutmacher	58,3	35,4
Juweliere	59,2	31,2
Kamm- und Fächermacher	75,0	31,6
Kleidermacher	72,3	29,6
Kostümbildner	54,5	33,1
Schlosser	64,3	35,4
Schuhmacher	71,2	29,1
Tapezierer	71,4	35,8
Tischler	60,0	33,9
Zuckerbäcker	33,3	25,0
	60,2	32,7

Der Bericht konstatiert, daß die Sterblichkeit der kleingewerblichen Arbeiter eine bedeutend größere ist als die der Fabrikarbeiter und daß speziell die Tuberkulose den größten Theil ihrer Opfer im Kleingewerbe findet. Im Jahresfünft 1892—1896 starben im Ganzen 4887 Verbandsmitglieder, davon nicht weniger als 3069 an den Folgen der Tuberkulose. Im Hinblick auf die konstanten Bemühungen der leitenden Kreise um die Rettung und Erhaltung des Kleingewerbes fragt der Bericht zum Schluß: „Wie groß müssen die Helatomben noch werden, bevor die Staatsgewalt sich daran erinnern wird, daß es in ihrem eigenen Interesse gelegen ist, die

endet und wandert jetzt, mit dem Teller in der Hand, von Tisch zu Tisch, als ein brünetter junger Mann auf den leeren Stuhl an seiner Seite deutet und sie in schlechtem Englisch fragt, was sie trinken will.

Sie folgt der Einladung, bestellt sich einen Eierpunsch zählt die Centimes-Stücke, mit denen die nicht allzu freigebigen Gäste sie bedacht haben und hört dabei den Complimenten des jungen Mannes zu.

Als die Unterhaltung einen Augenblick stockt, fragt er wie heikünftig, ob sie eine Amerikanerin kenne, ebenfalls Sängerin, welche mit einem gewissen Henry Forster verwandt sei.

Die „Duchesse“ hört auf, ihre Kupfermünzen zu zählen. Mit erwachendem Interesse blickt sie ihren Gefährten an, indem sie erklärt, sie kenne die Dame.

Darauf bemerkt der junge Mann, er sei Banquier und beauftragt, für einen Schuldschein, unterzeichnet mit „Henry Forster“, hundert Francs zu zahlen.

Zwar hat die „Duchesse“ Geld sehr notwendig; aber die Thatsache, daß irgend Jemand Werth auf den Schein legt, macht sie vorsichtig. Umsonst versucht sie, den jungen Mann auszufragen, wer den Auftrag erteilt habe.

Sein schlechtes Englisch und ihr noch schlechteres Französisch reichen nicht aus, sich genügend verständlich zu machen. Vielleicht will der junge Mann auch nicht mit der Sprache heraus.

Sie verspricht ihm eine Antwort für den nächsten Abend, und da die Glocke sie wieder auf's Podium ruft, verabschiedet sie sich von ihm.

Im Laufe des Abends laden sie noch zwei Herren zum Eierpunsch ein. Der Eine bietet ihr ebenfalls hundert, der Andere sogar hundertfünfundzwanzig Francs für den Schuldschein.

Sie bestellt beide Herren, gleich dem ersten, für den nächsten Abend in's Cafee.

Arbeiter vor jenen entsetzlichen Wirkungen des kleingewerblichen Betriebes zu schützen, den man so eifrig mit seinen Eigenheiten zu erhalten sich bemüht, zu erhalten auf Kosten der Gesundheit, des Lebens und des Glückes von Tausenden?“ Bekanntlich liegen diese Verhältnisse in Deutschland nicht anders.

### Aus Nah und Fern.

Vom Nordostseekanal. Wie 1896 sind auch 1897 im Nordostseekanal Versuchsfischereien ausgeführt worden. Als deren Ergebnis ist zu betrachten, daß die Süßwasserfische fast gänzlich aus dem Kanal verschwunden sind. Die Salzwasserfische, insbesondere Strußbutt und Dorsch, haben an Zahl erheblich zugenommen und gedeihen vorzüglich. Vele sind im Kanal in großer Menge vorhanden. In der Zahl der im Jahre 1896 gefangenen Fischarten sind zwei neue Arten, Goldbutt und Seescorpion, hinzugekommen. Aus dem Fang vierzig kleiner Heringe darf geschlossen werden, daß sich im Kanal, und zwar in dessen Seen und Ausbuchtungen Heringlaichplätze befinden. Die jungen Heringe wandern im Hochsommer und Herbst dem Meere, und zwar der Ostsee zu.

„Material zur lex Heinze.“ Unter diesem Stichwort wird dem „Hamb. Corr.“ geschrieben:

„In Stolberg in der Rheinprovinz hat kürzlich ein Kaplan sich sittlich über ein bewegliches Kellamobild entäußert, das eine vollständig bekleidete Frau darstellt, die ein kleines Kind auf den Händen schaukelt; das Mädchen trägt allerdings, da es eben gebadet wird, keine Kleidung. Hierzu schreibt die Leipziger Firma, welche das Kellamobild ihren Kunden verabsolgt, dem „Leipz. Tagebl.“:

„Das Bild ist in vielen Tausenden von Exemplaren verbreitet und mit Ausnahme eines Falles in dem ultramontanen Münster, wo eine Kundin das Bild in „stiller Entrüstung“ zerrissen und verbrannt hat, hat es überall lebhaft Anerkennung gefunden. Als Gegenstück zu dem aus Stolberg berichteten Falle können wir anführen, daß ein Pfarrer in einem Orte am Main eine solche Frende an dem Bilde hatte, daß er sich mit der Bitte an uns wandte, ihm ein Exemplar für die dortige Kleinkinderschule zu überlassen, deren 70 kleinen Büßlingen er damit eine Weihnachtsfreude machen wolle. Wir legen die Karte des Herrn Pfarrers zur Beugung bei.“

Wir wollen dem Herrn Kaplan in Stolberg und der frommen Münsterianerin die Genugthuung gönnen, daß das Bildchen, dessen Nudität übrigens nicht die Spur des Kunstfertigen zeigt, auf den Index kommt. Das wäre zugleich die beste Klame für den kleinen Nackedei. — Im übrigen geben die kleinen Vorkommnisse eine beherzigenswerthe Illustration der Verwirrungen und Unvernheiten, zu denen eine lex Heinze nach dem Muster des Zentrumsantrags führen würde.“

Ein Geniestreich, welcher fast Schuppenflechte Natur ist, ist von Aachen zu verzeichnen. Vor Jahren wurden für schweres Geld die Standbilder der deutschen Kaiser angefertigt, welche am Rathause aufgestellt werden sollten. Als man zur Aufstellung schreiten wollte, erwies sich die zu ihrer Aufnahme bestimmten Nischen als viel zu klein! Inzwischen kam der große Rathhausbrand und die Kunstwerke wurden in einen Keller geschafft, in welchem sie seit jener Zeit fast ganz vergessen ruhten. Ja, es wurde sogar inzwischen eine Sammlung eingeleitet, um die Standbilder der alten Kaiser für das neue Rathhaus abermals anzuschaffen. In Folge dieser Sammlung erinnerte man sich endlich wieder an die alten Standbilder, und wird sie nun aus ihrem Grabe auferstehen lassen!

Bei sich ist sie fest entschlossen, den Schuldschein überhaupt nicht zu verkaufen; denn nichts anderes als Irene's Tod kann die Veranlassung zu dieser eifrigen Nachfrage nach dem Schuldschein sein.

Sie besitzt nichts auf der ganzen Welt als ein paar kurze Röckchen, einen schmutzigen Straßenanzug und die zwei Francs achtzig Centimes, welche sie heut Abend eingekommen hat.

Wie sie zu dem Gelde gekommen, ist unbekannt; aber nach drei Tagen hat sie soviel beisammen, daß sie sich im Zwischendeck auf einem Dampfer nach New-York einschiffen kann.

Eines Morgens früh hat Bloomfield das erhoffte Vergnügen, Frau Forster in seinem Bureau auftauchen zu sehen.

„Hallo!“ ruft er, Verwunderung heuchelnd. „Was zum Teufel führt Sie wieder nach New-York?“

Sie lächelt schlau.

„Man bot mir ein Duzend Mal eine Masse Geld für Henry Forster's Schuldschein. Zweihundert Francs —“

„Oh —! Glückliche Frau! Und Sie haben das Geld genommen, sich eine Ueberfahrt gekauft und wollen sich nun mit dem Rest in meiner Gesellschaft einen guten Tag machen. Was?“

„Bah! So dumm bin ich nicht. Ich werb' mich hüten, das Ding herzugeben.“

„Sie haben es nicht verkauft? Wie einfältig! Wie einfältig!“

„Wieso?“

„Im! Der Schuldschein ist nicht zehn Cent werth. Der Forster hat kein Paar ganze Stiefel an seinen Füßen; wie wollen Sie denn je das Geld aus ihm herausziehen!“

(Fortsetzung folgt.)



es sollten gleich definitiv zwei Assistentinnen angestellt und hierfür 3600 Mk. eingestellt werden. Redner aller Parteien stimmten dem zu. Minister von Feilich erklarte, die Fabrikinspektoren hatten allerdings die Heranziehung weiblicher Kräfte als nicht notwendig bezeichnet, er wollte aber den Versuch machen und habe deshalb bis 2000 Mk. in den Etat eingestellt. Er wolle eben sehen, wie sich die Sache praktisch mache. Vom Oktober 1898 bis 1899 sollten die Hilfskräfte versuchsweise angestellt werden und er habe die bestimmte Absicht, in den nächsten Etat eine Position für zwei Assistentinnen einzustellen. Die neu einzustellenden weiblichen Hilfskräfte sollen auskömmlich bezahlt werden, so daß sie sich mit etwas anderem nicht zu beschäftigen brauchen und wenn die Etatssumme nicht ausreicht, schene er sich angesichts der Stimmung bei allen Parteien vor einer Etatsüberschreitung nicht. Es seien keine privilegierten Damen, wie Abgeordneter Scherm meinte, in Aussicht genommen, aber Besuche um provisorische Anstellung seien schon verschiedene eingelaufen. Die beiden weiblichen Hilfskräfte würden in Nürnberg und München installiert und unter den Fabrikinspektoren gestellt werden. Welche Regierungsbezirke ihnen zugetheilt werden, könne er noch nicht sagen. Darauf zog Genosse Scherm seinen Antrag zurück.

Die Durchschnittspreise der wichtigsten Lebensmittel im Monat Januar 1898 betragen nach der Zusammenstellung des Statistischen Bureaus im Vergleich zu den in Klammern beigefügten Preisen im Monat Dezember des Jahres 1897 für 1000 kg Weizen 179 (180) Mk., Roggen 137 (139) Mk., Gerste 145 (145) Mk., Hafer 141 (140) Mk., Kichererbsen 218 (218) Mk., Speldebohnen 266 (265) Mk., Linsen 414 (412) Mk., Kartoffeln 48,0 (47,1) Mk., Rindstroh 41,7 (42,1) Mk., Hen 54,6 (54,3) Mk., Rindfleisch im Großhandel 1044 (1050) Mk.; für ein Kilogr. Rindfleisch 1,34 (1,36) Mk., Rindfleisch vom Bauch 1,16 (1,15) Mk., Schweinefleisch 1,38 (1,39) Mk., Kalbfleisch 1,30 (1,31) Mk., Hammelfleisch 1,25 (1,25) Mk., ger. inf. Speck 1,56 (1,57) Mk., Schmalz 2,17 (2,27) Mk., inf. Schweineschmalz 1,57 (1,58) Mk., Weizenmehl 0,33 (0,33) Mk., Roggenmehl 0,26 (0,26) Mk., für ein Schuß Eier 4,07 (0,46) Mk.

### Schweden.

Dem Reichstag ist von der Regierung ein „Reform-Vorschlag“ betreffend die kommunalen Wahlen zugegangen. Im Jahre 1896 war ein Komitee eingesetzt worden, das Vorschläge nach dieser Richtung ausarbeiten sollte, deren Publikation im Sommer 1897 erfolgte. Sofort erhob sich ein Protest der gesamten liberal-gesinnten Bevölkerung, denn man hielt ganz am alten Prinzip fest, der Stimmberechtigung nach dem Vermögenstand, es fand nur eine kleine Herabsetzung der Stimmsummen statt, die eine einzelne Person in sich vereinen konnte.

Dennoch ist der jetzige Regierungs-Antrag noch mehr in seinen „Reformen“ beschnitten. Eine prinzipielle Aenderung soll „aufgeschoben“ werden, bis eine Steuer-Enquete vorliegt und vorläufig nur theilweise Neueinteilungen stattfinden. Bei den eigenartigen schwedischen Verhältnissen und dem bestehenden famosen Kommunal-Wahlgesetz haben die Junker im größten Theil der Kommunen die Alleingewalt. Die Junker-Regierung will ihnen dieselbe natürlich nicht zerstören. Gelegentlich der Vorlage dieses Antrages der Regierung führte Hjalmar Branting (Soz.) u. A. aus:

Der Antrag sucht die industriellen großen Einkommen in ihrem Einfluß zu schmälern, das ist ein Kompliment gegen die Reformforderer, aber der Grundsatz bleibt in unerschütterter Alleingewalt, er, der gerade die rückfichtlosesten Vertreter aufweist. Die Annahme dieses Antrags würde für lange Zeit die Verhältnisse festlegen, da man behaupten würde, man habe reformirt, und darum sei es besser, den Antrag ganz abzulehnen. Er müsse die Macht-haber warnen, nicht in dieser Weise fortzufahren. In Folge der augenblicklich sehr guten Geschäftslage in Schweden herrsche eine verhältnismäßige Zufriedenheit, aber das könne anders kommen, und dann würden die Volksmassen, die keine Stätte hätten, wo sie ihre Wünsche ordentlich zu Gehör bringen können, denn doch vom Born gepackt werden, daß man sie von allen Rechten ausschleife. Jetzt, in den friedlichen Zeiten, müßte ein verständiger Machthaber dem Reformbedürfnis entgegenkommen. Auf diese Rede antwortete kein Parlamentsmitglied und auch kein Regierungsvertreter.

## Deutscher Reichstag.

(Original-Bericht des „Säbeler Volksboten“.)

Berlin, den 15. Februar 1898.

Der Reichstag hielt heute eine sehr kurze Sitzung ab, die sich auch durch nur sehr kurze Reden auszeichnete. Trotzdem wurde eine reichhaltige Tagesordnung erledigt. Zunächst wurde der Etat der Zölle und Verbrauchssteuern in zweiter Lesung zu Ende beraten. Aus den ganzen Debatten ist nur erwähnenswert, daß Abg. Rösche einen von unseren Genossen schon längst befürworteten Antrag auf Erlass eines Surrogatverbots für die Bierbrauerei einbrachte. Dann wurde das Gesetz betr. die freiwillige Gerichtsbarkeit auf Antrag des Abg. Wassermann nach dem Kommissionsbeschlüssen en bloc angenommen. Schließlich wurde die Dampfersubventions-Vorlage, die diesmal in etwas veränderter Gestalt wieder eingebracht worden ist, in Angriff genommen. Nachdem der Staatssekretär von Bobbelsky eine kurze Begründung gegeben hatte, hielt Herr Freye eine Rede zu Gunsten des Bremer Lloyd. Morgen ist Schwerinstag.

### 41. Sitzung.

Am Bundesrathlich: Frhr. von Thielmann, Graf v. Bismarck, v. Reberding.

Die zweite Beratung des Etats wird fortgesetzt bei dem Etatartikel „Zölle und Verbrauchssteuern“ und zwar beim Titel: Zuckersteuer.

Abg. Graf Stolberg (soz.) verlangt Aufhebung sämtlicher Zuckerprämien und Beseitigung der Betriebssteuer.

Abg. Rösche (lib.) stimmt dem Vorredner im allgemeinen zu. Einseitig die deutschen Zuckerprämien anzugehen, um Amerika zu veranlassen, die Zollzuschläge fallen zu lassen, sei verfehlt, da Deutschland doch mit Weltmarktpreisen rechnen müsse.

Dr. Baasche (ML) erklärt, daß die vorgelagerten Ausführungen des Abgeordneten Barth den tatsächlichen Verhältnissen nicht entsprechen.

Der Titel wird hierauf bewilligt, ebenso der Titel „Salzsteuer“.

Beim Titel „Branntweinsteuer“ befristet Wassermann (ML) auf Grund einer Eingabe der Mannheimer Handelskammer Erhöhung des Celluloidzolls; die einheimische Celluloidfabrikation werde sonst durch die Branntweinsteuer gegenüber dem importierten französischen Celluloid benachteiligt.

Direktor im Reichschatzamt v. Körner erklärt, daß der Vorschlag sich über die vom Vorredner angeregte Frage noch nicht schlüssig sei.

Gamp (RP) empfiehlt die Konfiskation der Branntweinsteuer bei der Celluloidfabrikation.

Nach weiterer unwesentlicher Debatte wird der Titel bewilligt.

Zum Titel „Branntweinsteuer“ befristet Rösche (lib.) den Erlass eines Surrogatverbots. Er bittet die Regierung um Vorlegung einer Sachliste über die Verwendung von Surrogaten in den Brauereien und wendet sich besonders gegen die überhandnehmende Verwendung Saccharins, die nur durch ein direktes Verbot gesteuert werden könne.

Der Titel wird darauf bewilligt, ebenso debattelos der Titel „Aberlein“.

Der Etat der Reichssteuerabgaben wird debattelos genehmigt.

Beim Etat des „Rechnungshofes“ erklärt auf eine Anfrage des Abg. Dr. Pieschel (ML)

Reichschatzsekretär Frhr. v. Thielmann, daß er für seinen Vorgesetzten die Verantwortung für die justifizierenden Cabinettsordres übernehme.

Der Etat des „Rechnungshofes“ wird genehmigt, ebenso der Etat des Reichschatzamts.

Es folgt die 2. Beratung des Gesetzesentwurf betr. die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit.

Der Antrag des Abg. Wassermann (ML) wird das Gesetz in zweiter Beratung en bloc angenommen nach den Beschlüssen der Kommission. — Debattelos werden die von der Kommission beantragten Resolutionen betr. die einheitliche Regelung des Kosten- und Notariatswesens angenommen.

Es folgt die erste Beratung der Novelle zu dem Gesetze betreffend Postampulfilzverbindungen mit überseeischen Ländern.

Staatssekretär v. Bobbelsky: Deutschland ist im überseeischen Handelsverkehr jetzt von der vierten in die zweite Stelle unter den Nationen gerückt. Durch die neuen Erwerbungen in Ostasien, wird auch der Handelsverkehr nach diesen Gegenden größere Bedeutung gewinnen. Wir hoffen, daß das Haus die Vorlage wohlwollend aufnehmen wird im Interesse der Kultur, des Weltverkehrs und der guten Postverbindung, in Bezug auf welche ja Deutschland stets an der Spitze marschirt ist. (Beifall.)

Freie (Soz.): Das von der Regierung in dankenswerther Weise vorgebrachte statistische Material beweist, daß der Verkehr mit den ostasiatischen Plätzen von großer Bedeutung sei. Nach der Besetzung Kiautschaus wäre die Verdoppelung der Fahrten der Postdampfer eine Nothwendigkeit, doch sei eine solche ohne Subvention des Reichs nicht durchführbar, wie die Erfahrungen anderer Staaten gezeigt hätten. In dem Vertrag mit dem Lloyd seien die Interessen des Reichs ausreichend gewahrt, derselbe habe bis jetzt 5 Millionen zugelegt — durch die Möglichkeit eines prompten Verkehrs nach dort werde man auch der von Rußland herauf beschworenen Konkurrenz der sibirischen Eisenbahn begegnen können. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Hierauf vertagt sich das Haus.

Nächste Sitzung: Mittwoch 2 Uhr.

Tagesordnung: 2. Lesung des Antrages Auer und Genossen auf Schutz des Vereins- und Koalitionsrechts. 1. Lesung des Antrages Liebermann von Sonnenberg (Antisemit) betreffend das Versicherungswesen.

Schluß 5 1/2 Uhr.

## Strecke nach Lüneburger Gebiete.

16. Februar.

Achtung, Schneider! Ueber das Geschäft von A. Deppert, obere Fleischhauerstraße Nr. 8, ist von den Schneidern Lübeck die Sperre verhängt.

Das Streikkomitee.

S. A.:

R. Schenk, Lederstraße.

Vom Tage. Gestohlen wurde aus einem Schuppen an der Trave dort arbeitenden Handwerkern zwei Hobel und eine Rolle mit Schnur. — Vogelschwindereien hat sich in einem hiesigen Hotel ein Mensch zu schulden kommen lassen, welcher sich Ewers nannte und Geschäftsvorfahren zu sein vorgab. — Wegen Bettelns gerietten 9 Personen in Haft.

Wegen fahrlässiger Brandstiftung verurtheilt die Strafkammer den Halbknicht B. aus Horsdorf zu 6 Wochen Gefängniß. Er hatte auf dem Futterboden seines Dienstherrn geraucht und das Haus in Brand gesetzt.

In das Handelsregister ist eingetragen: Am 15. Febr. 1898 auf Blatt 1952 bei der Firma „Biegelei Bauhütte G. m. b. H.“: An Stelle des Johann Brigge, dessen Vollmacht als Geschäftsführer beendet ist, ist Georg Adolph Wilhelm Turfuhl zum Geschäftsführer bestellt.

Ganzseitige Invaliditäts- u. Altersversicherung. Au Anträgen auf Gewährung von Renten sind eingegangen: a. an Altersrenten seit dem Jahre 1891 bis Ende Januar 1898 zusammen 3282, b. an Invalidenrenten seit 1892 bis Ende Januar 1898 zusammen 4145, mithin seit Beginn des Jahres 1891 7427 Rentenansprüche. Von den Anträgen auf Altersrente entfallen auf das Gebiet der freien und Hansestadt Lübeck 567 und von den Anträgen auf Invalidenrente auf Lübeck 456. Von den Anträgen auf Altersrente sind bis Ende Janr. 1898 erledigt 3267, und zwar 2837 durch Rentengewährung, 379 durch Ablehnung und 47 auf sonstige Weise. Von den Altersrentenempfängern sind inzwischen ausgeschieden 830, von diesen sind verstorben 788. Von den Anträgen auf Invalidenrente sind bis Ende Januar 1898 erledigt 4014 und zwar 2993 durch Rentengewährung, 886 durch Ablehnung und 135 auf sonstige Weise. Von den Invaliden-

rentenempfängern sind inzwischen ausgeschieden 891, von diesen sind verstorben 829. Auf Lübeck entfallen 352 Alters- und 248 Invalidenrenten. Die Jahressumme der bis jetzt gewährten Renten macht 841.211,20 Mk., von welchem Betrage 287.605,20 Mk für die inzwischen ausgeschiedenen Rentenempfänger abzulassen sind. An Anträgen auf Wiedererstattung der Beiträge sind eingegangen: Anträge gemäß § 30 des Gesetzes: im Laufe des Jahres 1898 426, im Laufe des Jahres 1896 2302, im Laufe des Jahres 1897 3224, im Monat Januar 1898 271, zusammen 6224; Anträge gemäß § 31 des Gesetzes: im Laufe des Jahres 1898 83, im Laufe des Jahres 1896 377, im Laufe des Jahres 1897 609, im Monat Januar 66, zusammen 1135. — Von diesen 7359 Anträgen entfallen auf Lübeck 571. Davon sind erledigt durch Nachzahlung 6431, durch Ablehnung 563, auf sonstige Weise 81, zusammen 7095, mithin unerledigt 264.

Hamburg. Ein Kriminalschußmann im Kampfe mit Verbrechern. Auf der Polizeiwache 11 in der Speckstraße erschien am Sonntag Morgen 9 Uhr ein Eisleur und brachte zur Anzeige, daß ihm ein Unbekannter im Korridorgang silberne Becher und Pokale zum Kauf angeboten und ihm dabei gesagt habe, er müsse die Sachen aber sofort einschmelzen. Er habe sich auf den Kauf nicht eingelassen, den Unbekannten jedoch verfolgt und gesehen, daß dieser in die Wohnung des Schneiders Herold, Speckstraße 16, gegangen sei. Da ein Zivilschußmann nicht zur Verfügung stand, bedeutete man dem Eisleur, daß man die Sache untersuchen werde. Dieser wendete sich aber an den Kriminalschußmann Horn, der sich ohne jeglichen Schutz ganz allein auf den Weg machte, um die Wohnung des Schneiders Herold aufzusuchen. Hier fand er in einem Zimmer, in welchem das Ehepaar Herold und sechs andere Personen anwesend waren, eine Anzahl silberner Becher und Pokale, die kürzlich bei einem Diebstahl in der Großen Meichenstraße, bei v. Spreckelsen, entwendet sind. Als der Beamte die anwesenden Personen aufforderte, ihm mit nach der Wache zu folgen, feuerte einer der Anwesenden aus einem Revolver zwei scharfe Schüsse auf den Kriminalschußmann Horn ab, dem von einer Kugel der Unterkiefer durchbohrt wurde, so daß die Kugel vom Kinn durch die Wade ging. Der Verwundete sank bewußtlos nieder, während die sechs anwesenden Leute die Flucht ergriffen. Der Schneider Herold erstattete von dem Vorfalle Anzeige auf der Polizeiwache. Inzwischen war Horn wieder zum Bewußtsein gekommen und veranlaßte nunmehr die Verhaftung des Ehepaares Herold. Von den sechs entflohenen Personen wurden zunächst zwei Schauerleute, ein Hafnarbeiter und zwei Schneider ermittelt und in Haft genommen. Es wurde festgestellt, daß der Verbrecher, welcher den Kriminalschußmann Horn durch einen Revolverschuß verwundet hat, ein ehemaliger Schlosser, späterer Cigarrenmacher ist, Namens Wilhelm Friedrich Ignaz Schoo, geboren am 28. Juli 1861 in Lingen in Hannover, mehrfach mit Zuchthaus verurtheilt und am 29. November v. J. aus dem Zuchthause entlassen, unter Polizeiaufsicht stehend, zuletzt wegen Kuppelei, Entführung und Körperverletzung mit Zuchthaus bestraft. Gestern noch ermittelte die Polizei den Aufenthalt des Schoo in der Jägerstraße in St. Pauli; als sie jedoch die verschlossene Thür zu der Wohnung des Verbrechers öffnen wollte, ließ sich dieser an einem Bettuch hinten aus dem Fenster und versteckte sich in einer anderen Wohnung. Als die Polizei hier einbrang, zerbrach Schoo ein Fenster und entwichte durch dasselbe abermals in der Dunkelheit des Abends. Bisher ist es noch nicht gelungen, den Verbrecher festzunehmen. Die Verhafteten sind zum Theil ebenfalls verurtheilt. Der Kriminalschußmann Horn ist im Kurhause verbunden worden.

Hamburg. Der Jungfern-Tribut im modernen Babylon. In der Davidstraße 15 hat die Polizei in letzter Nacht eine von einer wegen schwerer Kuppelei vorbestraften Wittwe unterhaltene Lasterhöhle schlimmster Art ausgeräumt, in der Herren verschiedenen Standes mit 12—14jährigen Mädchen geschlechtlich verkehrten. Sechs der nobelen Herren, sowie eine Anzahl der 12—14jährigen Mädchen wurden nebst der Kupplerin verhaftet.

Hamburg. „Kinder diskreter Geburt.“ Die beneideten Kropfer Anstalten (bei Reudsbarg), eine sehr fromme Gründung, bieten den Ärzten Procente für Ueberweisung von Pflanzlingen in die Kropfer Anstalten. Doch die Ärzte sind nicht die einzigen, die als Werbeagenten für Kropfer gewonnen werden sollen. Auch die Hebammen sollen durch Geldbelohnungen bewogen werden, die Anstaltsräume zu bevölkern, und zwar mit — Kindern „diskreter Geburt.“ Vor uns, so schreibt das „Hamburger Echo“, liegt eine Reihe von Drucksachen, die in ihrer Gesamtheit ein vortreffliches Bild davon geben, wie hochentwickelter Geschäftssinn, tiefentwidelte Frömmigkeit und ungemeines Wohlwollen für die „Kinder der Sünde“ sich vereinigen lassen. Da ist Drucksache Nr. 1: Ein Zirkular an Hebammen, das nach zwei einleitende Sätzen uns sagt: „Wir erlauben uns nun, Ihnen für jedes Kind, das durch Ihre Vermittelung dem hiesigen Kinderheim überwiesen wird, fünf Procent der Einnahmsumme zu überweisen.“ Drucksache Nr. 2 schildert die Einrichtungen des Kinderheims und sagt u. A.: „Im Kinderheim haben wir zwei Abtheilungen, je nachdem den Kindern eine einfache oder standesgemäße Erziehung zu Theil werden soll. Das Erziehungsgehalt beträgt in der zweiten Klasse jährlich 400 Mark, in der ersten Klasse jährlich 800 Mark. Die Anstalt nimmt auch die Kinder gegen einmalige Zahlung auf. Diese Zahlung richtet sich natürlich nach dem Alter der Kinder und nach den Ansprüchen, die seitens der Verwandten gestellt werden.“ Schließlich kommt noch die beruhigende Versicherung: „Ueber alle Einkünfte wird den betreffenden ein gestempelter Einnahmschein ausgefertigt und auf Wunsch eine Verpflichtung zur Diskretion ausgestellt.“ Drucksache Nr. 3 ist augenscheinlich für unverheiratete Mütter „besseren Standes“ bestimmt, denn es heißt darin: „Die Kinder sind getrennt nach ihrer Herkunft, so daß Kinder aus besseren Ständen eine andere Erziehung genießen, als Kinder aus einfachen Verhältnissen.“ O, über diese gottselige Frömmigkeit, die die Kinder nach ihrer Herkunft trennt, damit ihnen schon im zartesten Alter die Standesvorurtheile eingeprägt werden! Allerdings hat die fromme Anstalt auch einen sehr realen Grund für die Trennung nach der Klasse, denn sie berechnet die Einnahmsumme mit 2000 Mk. in der dritten, mit 4500 Mk. in der zweiten und mit 8000 bis



10 000 Mk. in der ersten Klasse. Druckfache Nr. 4 ist dagegen allgemein edlen Inhalts, wenigstens im Anfang. Da wird von der Nothwendigkeit der Hilfe für uneheliche Kinder gesprochen und wie darum das Kropfer Kinderheim gegründet worden. Wieder folgt die Versicherung, daß Kinder aus „besseren Ständen“, die eine „Handsgewalt“ Erziehung haben sollen, für sich allein erzogen werden.

Leider kann aber auch der frommste den gottlosen Mamon nicht ganz außer acht lassen, und so heißt es: „Wie haben nun die Erfahrung gemacht, daß wir uneheliche Kinder nicht gut gegen Jahreszahlungen aufnehmen können, weil sich die Angehörigen später oft gar nicht um dieselben kümmern und die Erlangung des Kostgeldes große Schwierigkeiten macht. Wir können daher solche Kinder nur aufnehmen gegen eine einmalige Zahlung, es sei denn, daß uns für die regelmäßige Zahlung irgend eine Sicherheit gegeben würde.“ Der Tarif weicht von dem vorher genannten etwas ab, indem für die dritte Klasse das Erlaubnisgeld auf 1500 Mark (anstatt 2000 Mk.) festgelegt wird. Je nach der Klasse erhalten die Kinder (buchstäblich dem Circular entnommen) eine „sehr vornehme Erziehung“, eine „solide bürgerliche Ausbildung“ oder eine „streng einfache Erziehung“. Ob unter der letzteren die Vorbereitung zum Dienst als Heizer und späteren Bauernrecht verstanden ist, wird nicht gesagt. Druckfache Nr. 5 ist ein Circular an die Ärzte, mit der Bitte, in geeigneten (im Original gesperrt) Fällen auf die Anstalt hinzuweisen zu wollen. Wir gehen wohl nicht fehl in der Annahme, daß die geeigneten Fälle jene sind, wo es sich um eine zahlungsfähige Mutter handelt. Bemerkenswerth ist, daß in dieser Druckchrift der Ausdruck „Kinder distreter Geburt“ gebraucht wird, derselbe Ausdruck, dem wir so häufig in den Anzeigenblättern gewisser nicht im besten Rufe stehender Blätter begegnen. Die Druckfächer sind theils von Pastor Johannes Paulsen, theils von der Oberin Agnes Hilow-Ravens, theils von beiden gemeinsam unterzeichnet. Die Druckfächer zeigen von einer Geschäftskunde, die man so frommen Deuten, die nur nach dem Himmelreich trachten, nicht zutrauen sollte. Jetzt aber würden wir garnicht überrascht sein, wenn die Kropfer Anstalten noch einen Schritt weiter gingen und den mit Gemüthsheil salarirten Kommissariaten, nämlich den Geharnen und Ärzten, festbesoldete Commis voyageurs folgen ließen, die Bestellungen auf Plätze für Kinder distreter Geburt ausführen, „im Umherziehen“, wie die Gewerbetreibenden sich ausdrücken. „Laßt die Kinder zu mir kommen“, ruft Pastor Paulsen, vergißt aber hinzuzusetzen: „wenn die Mütter die nötigen Monaten haben!“

Hamburg. Bei den gestern stattgehabten Bürgererschaftswahlen wählten die Kandidaten der Ordnungsparteien, wie nicht anders zu erwarten war. Der Antisemit N a b ist ebenfalls durchgekommen. Sozialdemokratische Kandidaten drangen nicht durch. Unsere Partei vereinigte etwa 1650 Stimmen auf ihre Kandidaten.

Altona. Aus dem Schwurgericht. Gestern hatte sich der am 5. April 1858 in Sommer in Mecklenburg-Strelitz geborene Steinbrügger Friedrich Brückmann zu verantworten. Der Angeklagte ist vielfach wegen Gewaltthätigkeiten, Diebstahls und anderer Vergehen vorbestraft und die jetzt gegen ihn erhobene Anklage lautete auf Körperverletzung mit tödtlichem Ausgange. Bei der Polizei war er seit längerer Zeit als Zuhälter bekannt. Er wohnte mit der von ihrem Manne geschiedenen Ehefrau Petersen, welche dem Trunke ergeben war und welche gewerbmäßig Anzucht trieb, in einem Keller Ecke Dreier- und Lucienstraße zusammen. Nach zugehörigen Vernehmungen ging er oft mit ihr aus,

und es hatte den Anschein, daß er ihr sekundiren wollte, wenn sie ihrem Gewerbe nachging. Trafen sie dann wieder in ihrer Wohnung zusammen und sie hatte nicht genügend angezogen, so wurde sie in barbarischer Weise von ihm mißhandelt. Wegen etlicher Mißhandlungen ist der Angeklagte am 2. November v. J. vom Schöffengericht rechtskräftig zu 18 Monaten Gefängniß verurtheilt worden. Am 25. Oktober v. J. spielte sich in dem bezeichneten Keller eine grauenvolle Szene ab. Nach der Schilderung des Angeklagten ist Folgendes vorgekommen: Er kam von der Arbeit nach Hause und fand die Wohnung verschlossen. Durch ein defektes Fenster gelangte er hinein und fand, daß sich zwei Männer mit seiner halbnackten Konkubine, welche total betrunken am Boden lag, zu schaffen machten. Ein dritter Mann schritt währenddem im Zimmer hin und her. Er trieb die fremden Männer in die Flucht und züchtigte Johann die Petersen in „etwas zu starker“ Weise wie er heute erklärte. Zeugnisaussagen zufolge und nach verschiedenen Umständen zu schließen, hat er die Petersen mit einem Leinwandbezug bearbeitet, daß der Stiel des letzteren in drei Enden zerbrach. Sodann hat er mit den Fäßen auf ihre heruntergetrampelt und ihr den Brustkasten eingetreten. Darauf schloß er den Keller hinter sich zu und entfernte sich. Es verbreitete sich nach seinem Fortgehen das Gerücht, daß die Petersen ermordet worden sei. Polizeibeamte wurden herbeigeholt und veranlaßt, den Keller zu öffnen. Bei ihrem Eintreten bot sich ihnen ein grauenvoller Anblick. In den Kellergelassen war kein Stuhl Mobiliar vorhanden und die Petersen lag halb entkleidet und furchbar zugerichtet auf einigen im Keller befindlichen Bettstücken bestimmungslos da. Die schwerverletzte Frau wurde durch die Sanitätskolonne der Feuerwehre nach dem städtischen Krankenhaus gebracht, wo sie alsbald ihren Verletzungen erliegen ist. Das Urtheil lautete auf 13 Jahre 1 Monat Zuchthaus und 10 Jahre Ehrverlust.

Altona. Das Schwurgericht verurtheilte am Montag den Arbeiter Reinhard aus Damsdorf (Kreis Segeberg) wegen versuchten Strakenmords und Nothzucht zu 12 Jahren Zuchthaus. Der wiederholt Vorbestrafte hat am 19. Dezember v. J. auf der Chaussee zwischen Labenz und Schönberg ein 16jähriges Mädchen überfallen und vergewaltigt. — Ferner wurde der Dienstknecht Segeler zu 2 Jahren Zuchthaus und der Arbeiter Maroschewsky zu 9 Monaten Gefängniß verurtheilt, weil sie auf der Walze in der Nähe von Wölln einem Reisefollegen 7 Mk. und eine Taschenuhr geraubt haben.

Elmhorn. Zur Reichstagswahl. Wie schon kurz berichtet, fand hier am Sonntag unter dem Vorsitz des Grafen Wolke-Uetersen eine von 47 Personen besuchte Delegirten-Versammlung des nationalen Wahlvereins des 6. schleswig-holsteinischen Wahlkreises behufs Aufstellung eines

Kandidaten für die bevorstehende Reichstagswahl statt. Nach Feststellung der Präsenzliste wurde eine Abänderung des Status beschlossen und sodann über die Kandidaten eine eingehende Berathung gepflogen. Bei der namentlichen Abstimmung erhielten die Herren Albert Breckwoldt aus Dauenhof (Kreis Steinburg) 25 und Graf Baudissin aus W. 22 Stimmen. Ersterer wird im Falle einer Wahl sich der nationalliberalen Partei anschließen, während Graf Baudissin auf dem Programm der Reichspartei steht. Es wurde beschlossen, einmüthig für die Kandidatur des Herrn Breckwoldt einzutreten. Es kandidiren demnach im 6. Reichstags-Wahlkreise (Dänischen Elmhorn-Elmhorn) von Elm (S.D.), H. Eyer (Antisemit), Viktor Bandt (F.P.) und Breckwoldt (N.).

Horlof (bei Neumünster). Arbeits-einstellung. In der hiesigen Brauerei haben 2 Böttcher, 1 Antscher und 6 Hilfsarbeiter die Arbeit niedergelegt. Bezug ist fernzuhalten.

Stadttheater. Morgen Donnerstag findet zum ersten Male bei Schauspielpreisen eine Aufführung von Wildenbruch's „König Heinrich“ statt.

Wilhelmtheater. Das Gastspiel des Opern-Ensembles des Stadttheaters am nächsten Sonntag, welches im Wilhelmtheater „Don Cesar“ bringt, dürfte sich eines überaus starken Zuspruchs erfreuen, zumal die Preise der Plätze, welche im Vorverkauf bei Herrn Cowalsky, Sandstraße, sich noch billiger gestalten, dieselben bleiben, wie bisher.

**Gerichtliche Zwangsversteigerungen:**  
im Gerichtshause, Zimmer 20,

Grundstück	Eigentümer	Einlag. Mk.	Termin
Petersstraße 1e	Fog	4 000	3. März.
Lilgenstraße 2	Tegmeyer	4 500*	8. "
Hofstraße 11	Tegmeyer	14 000	10. "
Drögestraße 3a	Schöder	8 000	10. "
Mühlenstraße 46	Endt	57 480*	17. "
Langer Lohberg 28	Endt	7 920	17. "

\* und Grundhauer.

**Sternschanz-Viehmarkt.**  
Hamburg, 15. Februar

Der Schweinehandel verlief träge.   
Zugelocher 2190 Stück, Preise: W. 40-45, M. 35-40, S. 30-35.   
67 69 Mk., teils 55 68 Mk., teils 49-54 Mk., teils 54-64 Mk.   
Der Ralberhandel verlief flau.   
Zugeführt wurden 1230 Stück. Unverkauft blieben — St.   
Preise: Beste 85-93 Mk., geringere 68-80 Mk. pr. 100 Pfd.

**See-Berichte.**

D. Dora, Bremer, ist am 15. Februar in Danzig angekommen.   
D. Jason, Albstörn, ist am 15. Februar von Gummerich thalwärts gefahren.   
D. Africa, Warden, ist am 15. Februar in Hangö angekommen.   
D. Baltic, Malmberg, ist am 15. Februar in Hangö angekommen.   
D. Elita, Bierhoff, ist am 15. Februar in Libau angekommen.   
D. Der Preuße, Bethmann, ist am 15. Februar in Königsberg eingetroffen.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber durchaus keine Verantwortung.

**Danksagung.**

Allen denen, die den Satz meines innigst geliebten Sohnes Friedrich so reich mit Kräutern schmückten, sagen wir hiermit unsern herzlichsten Dank.   
F. Thoren und Frau.

Zu verm. ein möbl. Parterrezimmer   
Gr. Kielau 36.

Gesucht zum 1. März ein Dienstmädchen für den Nachmittag.   
Balauerjohr 9, 1. Et.

Ein Zimmermann, der auf Treppen selbstständig arbeiten kann, sucht Beschäftigung in oder außer dem Hause.   
Geil. Offerten unter A Z an die Exped. d. Bl.

Zu kaufen gesucht eine Schiebkarre.   
Angebote unter J L an die Exped. d. Bl.

Großer Kanarienvogel.   
Habe noch einen prima Vorfänger billig abzugeben.   
Ernstmeierstraße 4.

Umstände halber beabsichtige ich, mein Haus, nahe der Sanitätsstraße, baldmöglichst zu verkaufen.   
Preis 12,700 Mk. Brandtstraße 13,700 Mk. Miethe-einnahme ohne eigene Wohnung 685 Mk. Anzahlung 1000 Mk. Näheres in der Exped. d. Bl.

Gesunden Sonntag Kinderhandarbeit.   
Abzuholen Hundestraße 13.

Für die Werft!   
Guter Mittagstisch à 50 Pfg.   
Für zwei Leute noch Logis.   
24 Israelsdorfer Allee 24

**Rheumatikern schnelle Hilfe**  
durch E. Schneider's **Rheumapulver.**  
Angenehme äußerliche Selbstbehandlung ohne Berührung Verlaufsbrieflich. Zu beziehen, nebst Gebrauchsanweisung, gegen Nachnahme oder Einzahlung von Mk. 2.— durch   
Carl Helm   
Berlin C., Linienstraße 45.   
Viele Anerkennungs-schreiben. Näh. Auskunft gratis.

**Geschäfts-Gründung.**

Allen Freunden und Bekannten sowie Nachbarn die ergebene Anzeige, daß ich mit dem heutigen Tage **Ludwigstrasse 36** eine **Colonialwaaren-, Fettwaaren-, Brod- u. Flaschenbier-Handlung** eröffnet habe. Stets gute Waare zu Stadtpreisen und freundliche Bedienung zusichernd, bitte mein junges Unternehmen gütigst unterstützen zu wollen.   
Hochachtungsvoll **H. Glau.**

NB. Brod von der Lübecker Genossenschafts-Bäckerei.

**Das Bürgerliche Gesetzbuch für das Deutsche Reich.**

Nach den Beschlüssen des Reichstages in dritter Berathung, mit dem Einführungsgezet und einem ausführlichen alphabetischen Sachregister.   
Preis 1 Mark.

Zu beziehen durch die **Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.**   
Johannisstraße 50.

**Quartett-Verein „Amicitia.“ Maskenball**

am Faschnachts-Montag, den 21. Februar 1898   
im Colosseum.   
Anfang 7 Uhr. Deffnung für Zuschauer 6 Uhr. Masken 7 Uhr.   
Eingang Privathaus. Maskenzug 8 Uhr.   
Karten sind zu haben bei: **F. Steen**, Reifessstraße 72. **C. Kellmann**, Engelstr. 23. **W. Voss**, Kleine Allee 7. **C. Mese**, Bahmstraße 42. **A. Rütze**, Fischergarbe 12. **H. Dünz**, Hartengarbe 39. **W. Hein**, Tabak- und Cigarrenhandlung, Schwandenerstr. 24.   
NB. Kindern und Pirats ist der Zutritt nicht gestattet.   
Maskengarderoben des Herrn Vitense daselbst.   
Der Vorstand.

Täglich 15-20 Mark Nebenverdienst.   
Patentartikel ohne Konkurrenz. Kein Laden.   
Kein Betriebskapital.   
Fabrik **Heinr. Werth, W.-Gladbach.**   
Feinste französische Kartoffeln und gelbfuchende Magnum bonum empfiehlt billigt   
**Fran Klincke, Reiferstraße 14 a.**

**Fein schmeckt**   
ein jeder Berger-Flohmberg, welcher in **meinem Essig**   
marinirt wurde.   
**H. L. Wiegels, vorm. J. C. Bunge.**   
Essigfabrik etc., Fischergarbe 61.

**Verkauf**

meines Hauses und Aufgabe des **Laden-Geschäfts**   
beschleunigter Ausverkauf   
sämtlicher besserer Waaren   
zu besonders herabgesetzten Preisen!   
Steingut-, Porzellan- und Glasgeschäft   
**J. N. Nissen**   
Breitestraße 21.   
Bitte die Schaufenster zu beachten!

**Zur Rettung von Trunksucht!**   
verfende Anweisung nach langjähriger approbirter Methode zur sofortigen radikalen Beseitigung mit, auch ohne Vorwissen, zu vollziehen, keine Verunsicherung, unter Garantie. Briefen sind 50 Pfg. in Briefmarken beizufügen. Man adressire: „Medizinische Buchhandlung Bloch, Leopoldshöhe, Baden.“

**Wilhelm-Theater.**   
Sonntag den 20. Februar 1898:   
Gastspiel des Stadttheaters.   
**Don Cesar.**   
Große komische Operette in 3 Akten von Dellinger.   
Anfang 7 1/2 Uhr.   
Vorverkauf bei Herrn **Cowalsky**, Sandstr.   
Trotz der Operette keine erhöhten Preise.

**Stadt-Theater.**   
Donnerstag: 93. Abonnem.-Vorst. 3. Abthl. Gelb.   
Zum 1. Male bei Schauspielpreisen.   
**König Heinrich.**   
**Speise-Halle Hansa**   
Rengstraße 24.   
Heute Donnerstag: Milchreis mit Caneh! und Zucker, Fricadellen, Kartoffeln, Sauce, gef. Rüben.



## Chronik auf das Jahr 1818.

**27. Februar.** Der am 20. Januar auf den Thron gelangte Friedrich VII. von Dänemark hatte acht Tage nach seiner Thronbesteigung ein Reskript erlassen, in welchem er die Wahl von gemeinschaftlichen Ständen des Königreichs Dänemark und der Herzogthümer Schleswig und Holstein anordnete, welche Stände weitestgehende Rechte haben sollten, als die bisher schon bestehenden. Die Bevölkerung der beiden deutschen Herzogthümer wollte aber schon längst von einem gemeinsamen Staatsleben mit Dänemark nichts mehr wissen. Am 17. Februar traten in Kiel die Mitglieder der schleswigschen und holsteinischen Stände und die sonstigen Wahlberechtigten im ganzen etwa 60 Personen, zusammen. Nach fünfstündiger Beratung leigte die Abicht derjenigen, welche eine gänzliche Ablehnung der vom König zugebilligten Konzessionen für unstatthaft hielten. Mit 39 gegen 21 Stimmen wurde die Theilnahme an der Wahl beschlossen, zugleich aber den Gewählten aufgegeben, die Verlesung einer geforderten schleswig-holsteinischen Verfassung zu betreiben.

## Der Jola-Prozess.

Paris, 12. Februar.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung bringt Labori Beweisangebote ein, dahingehend, daß der Gerichtshof Akt davon nehme, daß die Anklagebehörde keine Anträge gegen den Oberst Henry gestellt hat, der den Oberst Picquart als Zeugen angeführt, der Gerichtsverhandlung schwer beleidigte, wobei besonders in Betracht zu ziehen sei, daß Picquart sich in Festungshaft befindet.

Der Gerichtshof vertagt seinen Beschluß hierüber bis Montag.

Nur erscheint Senator Roue vor den Schranken. Er sagt: Ihr mich steht der gute Glaube Jolas außer jedem Zweifel. Ich weiß, daß man nicht sprechen lassen würde von der Verlesung des Gesetzes und der Rechte der Verteidigung, die begangen wurde, als man dem Dreifus-Kriegsgericht ein geheimes Schriftstück mittheilte, aber ich kann sagen, daß, wenn die Verhandlung des zweiten Kriegsgerichts wirklich so parteiisch gewesen ist, Jola ganz berechtigt war, das zu schreiben, was man ihm vorwirft; was er gethan, ist der Akt eines Mannes von großem Herzen und großem Muth.

Der Schriftsteller Pierre Guinard, der der Verhandlung des Esterhazy-Kriegsgerichts beiwohnte, hebt verschiedene Punkte hervor, die er dabei feststellen konnte, und die ihn peinlich berührt hätten. So seien Hauptpunkte der Angelegenheit von dem Vorsitzenden des Kriegsgerichts als bedeutungslos verhandelt worden. Der Eindruck sei der gewesen, daß man Verschleierung und kein Licht gewollt habe. Man könne sich daher erklären, daß Jola, indem er diesen Eindruck theilte, ihn in freilich lebhafter Weise, aber doch mit gutem Gewissen sich zurechtlegen konnte. (Umrufe.)

Hierauf wird der sozialistische Deputirte Jaures vernommen.

Jaures spricht von den Schwächen, die die Regierung gezeigt habe, und tadelt es, daß der Prozeß Esterhazy bei geschlossenen Thüren verhandelt worden sei. Dadurch sei man in die Nothwendigkeit versetzt, die Widersprüche der Sachverständigen-Gutachten über das Bordereau in den Jahren 1894 bis 1897 zu verschleiern. Jaures rügt ferner, daß über die verschleierte Dame, die geheime Aktenstücke besaß, keine Nachforschungen angestellt wurden, beschuldigt den Generalstab, gegen Esterhazy Konspiration (Nachgebigkeit gelibt zu haben und meint, der Prozeß scheint einzig und allein zu dem Zwecke angestrengt worden zu sein, um die Akte gewisser Militärs zu rechtfertigen.

Jaures spricht sich schlichtlich, mißbilligend darüber aus, daß die Minister nicht erschienen, um vor den Geschworenen Licht über die Angelegenheit zu verbreiten. Beschuldigt verlangt die Mitglieder der Deputirtenkammer deren Mehrheit glaubt, daß eine Ungeheuerlichkeit begangen worden ist, nicht Aufklärung von den früheren Ministern. Delcassé und Dupuy hätten ihm erklärt, daß der General Mercier zu ihnen nur von dem Bordereau gesprochen hätte. Jola hätte Recht gehabt, Protest zu erheben; diejenigen, die ihn beschimpften, verfolgten in Jola den Menschen, der dem Generalstab die schandliche Unverantwortlichkeit nahm, die künftiges Unheil vorbereitet.

Die Ausführungen Jaures werden mit den verschiedenartigsten Tönen aufgenommen.

Eine lebhafteste Scene entspielt sich zwischen den Verteidigern und dem Vorsitzenden, als die ersteren verlangen, der Kriegsminister solle zur Herausgabe der geheimen Aktenbündel veranlaßt werden.

Labori sagt: Da General Bellieux hier erklärt hat, die Handschrift Esterhazy's und die des Bordereaus gleichen sich nicht, so muß, damit die Jury in voller Kenntniß der Sach: urtheilen könne, dies Bordereau zur Verhaublung herbeigeschafft werden; man muß die Handschrift vergleichen können.

Clemenceau ruft: Ich konstatiere, daß Niemand uns helfen will, die Wahrheit hervortreten zu lassen.

Der Vorsitzende entgegnet: Ihre Sache ist es, sie hervortreten zu lassen. (Lärm.)

Der Generalanwalt bemerkt: Auf diese Frage habe ich mich in den schriftlich niedergelegten Schlusssatzungen bereits geäußert und ich kann mich nur auf die Schlusssatzungen des Gerichtshofes beziehen.

Trotz neuer Bemühungen Laboris hält der Vorsitzende seinen ersten Beschluß aufrecht und weigert sich, die Herbeischaffung des Bordereaus anzuordnen. Labori sagt, er werde neue Beweisangebote stellen, die in aller Form verlangten, daß dieses Vergleichsobjekt der Jury vorgelegt werde. Die Verhandlung wird unterbrochen.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung verkündet der Vorsitzende, der Gerichtshof nehme davon Akt, daß Oberst Henry zu dem Zeugen Picquart gesagt: „Das haben Sie gelogen.“ Ferner habe der Gerichtshof beschlossen, die Beweisangebote abzulehnen, die auf Herbeischaffung des Bordereaus abzielten; der Gerichtshof erkläre, daß die Herbeischaffung nicht werde angeordnet werden.

Der „Schriftenfachverständige“ Bertillon wird vernommen. Der Verteidiger Labori richtet an

Bertillon die Frage: Haben Sie das Original des Bordereaus mit eigenen Augen gesehen?

Antwort: Jawohl.

Frage: Können Sie uns sagen, ob es nicht hat von einem anderen geschrieben sein können, als von Dreifus?

Antwort: Ich bin vollkommen sicher, daß man nicht wird beweisen können, daß eine andere Person als der erste Beurtheilte das Bordereau hat schreiben können. (Langanhaltende Bewegung.)

Labori fragt weiter: Können Sie uns das beweisen?

Antwort: Mit der Schreibunterschrift des ersten Beurtheilten werde ich diesen Beweis führen; lassen Sie mir die in seiner Wohnung bei dem Prozeß im Jahre 1894 beschlagnahmten Beweisstücke aufstellen und ich werde ihnen den Beweis führen.

Labori: Das hängt nicht von uns ab.

Labori läßt dem Zeugen ein kleines Papiersäckchen vorlegen, das, wie es scheint, eine von der Schreibunterschrift des Dreifus abgerissene Ecke ist.

Bertillon erklärt: Ich erkenne es wieder, aber warum ist es nicht vollständig?

Labori: Sie können es vervollständigen; aber inzwischen: Was können Sie über die Esterhazy-Angelegenheit sagen?

Antwort: O! Ich bin mit dieser Angelegenheit nicht befaßt gewesen. Ich könnte zu Ihnen nur von der anderen Angelegenheit sprechen. Wenn Sie mir aber die Dokumente geben, die ich verlange, werde ich Ihnen an der Hand meines Systems meine ausführliche Beweisführung liefern. Das wird vielleicht ein wenig lange dauern...

Wie lange?

Oh, zwei Sitzungen mindestens!

Was sind denn das für Dokumente, die zu Ihrer Beweisführung nöthig sein würden?

Diejenigen, die in der Wohnung des Beurtheilten mit Beschlagnahme belegt wurden.

Was waren denn das für Schriftstücke?

Es waren drei oder vier Briefe, es war darinnen die Rede von einem Jagdgewehr u.

Labori: Brauchen Sie diese Schriftstücke vom graphologischen Gesichtspunkte aus?

Ich kann meine Beweisführung, die ich für die beste halte, nur abgeben, wenn ich das ganze Material habe, sonst überhaupt nicht. (Heiterkeit.)

Albert Clemenceau: Haben Sie denn keine Photographien von diesen Dokumenten aufbewahrt?

Ja, aber ich kann sie nur auf Anweisung des Gerichtshofes beibringen!

Der Vorsitzende: Der Gerichtshof hat sich hiermit nicht zu befassen!

Bertillon: Dann wird es nöthig sein, daß ich vom Kriegsminister dazu ermächtigt werde!

Labori: Ah, dann sind wir sicher, daß wir nichts erreichen! Nun gut!

Damit schließt die Sitzung. Die nächste Sitzung findet am Montag statt.

Die vor dem Justizpalast angesammelte Menge begrüßte die Offiziere beim Verlassen des Gebäudes mit den Rufen: „Es lebe die Republik!“ Es kam zu einigen Zusammenstößen, die jedoch keine weitere Bedeutung hatten. Es geht das Gerücht, Oberst Picquart habe dem

## Der Kampf um eine Million.

Roman aus dem New-Yorker Leben.

Frei nach dem Amerikanischen.

Von Erich Friesen.

(40. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

„Aber Irene Gordon —“

— ist gesund wie ein Fisch im Wasser. Nächstens heirathet sie einen jungen Arzt. Der wird schon Sorge tragen, daß ihr Vermögen sicher gestellt wird. Zweihundert Franks — vierzig Dollars — für einen werthlosen Fehler Papier! Und Sie wiesen das Geld zurück! Arme einfältige Frau! Und dabei Alles so fein und so hübsch!“

Mit weit aufgerissenen Augen starrt Frau Forster den kleinen Mann an.

„Sie lügen!“ zischte sie mühsam. „Irene Gordon ist todt.“

„Oh — oh! Erkundigen Sie sich doch selbst, verehrte Frau! Bringen Sie mir eine Abschrift des Todenscheines der jungen Dame, und ich zahle Ihre Kosten und noch etwas drüber!“

Wöllig gebrochen sinkt Frau Forster auf einen Stuhl. „Ich will noch mehr thun“, fährt Bloomfield langsam und mit Nachdruck fort, jedes seiner wohlberechneten Worte scharf betonend.

„Bringen Sie mir den betreffenden Todenschein und ich lege Ihnen binnen vierundzwanzig Stunden baare zehntausend Dollars auf den Tisch! Wollen Sie noch mehr?“

Wie eine Furie springt Frau Forster vom Stuhle empor.

„Ich thue es, darauf können Sie Gist nehmen!“ kreischt sie wüthend. „Geben Sie mir Geld —“

Unsaft saßt er sie am Arm.

„Nein, verehrte Frau. Ich will kein Risiko mehr übernehmen. Ich habe schon genug in der dummen Angelegenheit verloren. Warum bin ich auch ein so guter Freund gewesen! Es geschieht mir schon recht. Fräulein Gordon befindet sich in Sicherheit. Sie hat eine bedeutende Entschädigungssumme von der Zirkusgesellschaft erhalten und Niemand kennt ihren Aufenthaltsort.“

Er macht eine Pause und sieht Frau Forster, wie überlegend, an.

Dann fährt er kopfschüttelnd fort:

„Nein, 's ist nichts. Sie haben viele Talente, und wenn Sie Ihren Kopf auf etwas gesetzt haben, fehlt Ihnen auch nicht der Muth zur Ausführung. Sie sind schlau und auch sehr hübsch; aber wenn Sie einmal besonders klug und vorsichtig sein müssen, handeln Sie übereilt und leichtfertig. Thut mir leid, aber ich kann Ihnen nichts mehr geben.“

„Ich habe keinen Cent in der Tasche und seit gestern nichts gegessen!“ stöhnt sie.

„Arme Frau! Mein Herz ist so weich und ich kann keine Dame weinen sehen. Hier — wenn ich Ihnen dies gebe, wollen Sie mir versprechen, mich dann nicht mehr zu belästigen?“

Sie nimmt den hingereichten Dollar und zwingt sich zu einem matten:

„Ja.“

„Na also. Aber nicht wiederkommen! Verstehen Sie nicht wiederkommen!“

Dabei streichelt er vertraulich ihren Arm und schiebt sie dabei zur Thür hinaus.

Seine Absicht ist erreicht. Frau Forster fühlt bitter die erlittene Demüthigung. Ihr soeben noch tief nieder-

gedrückter Geist schnell empor und verlangt nach einer neuen That.

„Ich thue es“, knirscht sie, „und wenn man mich dafür hängt.“

XXVIII.

In das tägliche Einerlei von Irene's Leben bringt der Postbote eine kleine Abwechslung.

Irene erhält einen Brief.

Das ist etwas so Ungewöhnliches, daß ihr Herz zu klopfen anfängt.

Wer in aller Welt kann ihr schreiben!

Hastig öffnet sie das Couvert. Ein geschlossener und mit vielen Postvermerken versehener Brief fällt heraus.

Daneben steckt ein Billet mit folgenden, von kräftiger Männerhand geschriebenen Zeilen:

„Anliegend ein an Ihre Adresse gerichteter Brief, der viele Irrfahrten durchzumachen hatte. Haben Sie Ihren Arzt und Freund noch nicht vergessen?“

Ralph Donald.“

Irene liest diese wenigen Zeilen wieder und wieder. Die Kürze derselben enttäuscht sie nicht. Umgehend antwortet sie:

„Lieber Herr Doktor!

Dank für den Brief! Glauben Sie, daß ich so undankbar sein könnte, Ihre Güte und Freundschaft zu vergessen?“

Biola Douglas.“

Auch sie kann sich kaum kürzer ausdrücken. Trotzdem behandelt sie diese wenigen Zeilen mit einer Sorgfalt, als wenn ihr Leben davon abhinge. Das Expediren derselben nimmt derart ihre Gedanken gefangen, es weckt solche wehmüthige, süßbittere Empfindungen in ihr, daß sie den heruntergefallenen Brief fast vergißt.

Endlich bemerkt sie das weiße Couvert auf der



Oberst Henry seine Zeugen geschickt, weil dieser ihn vor dem Gerichtshofe Lügen gestraft hatte.

Ein Pöbelhaufen überfiel nach dem Schlusse des Prozesses Rosa auf dem Quai d'Orfèvres einen Wagen in dem man die Gattin Rosa vermutete. Die Knechten rückten an dem Wagen und versuchten die Pferde auszuspannen. Die Polizei schritt ein und befreite die Dame. Es war — die Frau des Polizeipräsidenten!

### Sozialdemokratische Redakteurfreunden.

Genosse Neunrich, der frühere verantwortliche Redakteur der „Volkswacht“ trat dieser Tage die vierwöchentliche Haftstrafe an, die ihm ein vom Oberlandesgericht bestätigtes Urteil wegen angeblichen groben Unfugs, begangen durch den Gebrauch des Wortes: Nordpolarisimus in Beziehung auf die Sebauschlichteiten, auferlegte. Seit dem Verstreuen der „Volkswacht“ die im November 1890 begründet wurde, bis zum November 1897, also im Verlaufe von sieben Jahren, sind von den Redakteuren des Blattes im ganzen 96 Monate Gefängnis wegen Verbrechen verbüßt worden. Von diesen Strafen hatte Wendlandt 26, Thiel 17, Schels 16, Friedrich 10, John 9, Neunrich 7, Hennig 6, und Gerhardt 5 Monate zu verbüßen. Da mittlerweile schon wieder ca. 3 Monate Gefängnis gegen Neunrich erkannt sind und außerdem mehrere Prozesse schweben, wird die Redaktion der „Volkswacht“ demnächst Gelegenheit haben, das Jubiläum des hundertsten Monats Gefängnis haften zu können. Die in jenen sieben Jahren für Selbststrafen, Gerichtskosten, Verteidigerhonorare u. s. w. gezahlten Summen belaufen sich auf einige zehntausend Mark! Geholfen hat das alles freilich nicht — die beiden Breslauer Wahlkreise in sozialdemokratischen Händen, und zu den beiden übrigen schließlichen Mandaten, die uns gehören, hoffen wir bei den nächsten Reichstagswahlen noch ein paar dazu zu gewinnen. — So wird's auch an anderen Orten gehen!

### Das Holz und Eisen.

Ein Eichenstamm als Sarg in alter Zeit. Am 2. Februar gelang es dem Konservator des antiquarischen Museums in Stettin, Herrn Stubenrauch in Kolberg einen seltenen Fund zu bergen. Aus der Lehmhöhle des genannten Stranddorfes hatte schon seit zwei Jahren das eine Ende eines mächtigen Eichenstammes herausgesehen. Im Laufe der Zeit war diese freie Stelle theilweise abgedeckt, und in allernächster Zeit trat ein menschlicher Schädel zu Tage und der ganze Eichenstamm war schließlich nichts Anderes als ein uralter Sarg. Herrn Stubenrauch gelang es, diesen Sarg aus dem Lehm herauszuholen. Er enthielt ein menschliches Skelett mit einigen Beigaben. Zu den Füßen des Skeletts lag ein kleiner hölzerner Scheitel, sonst fanden sich vor: eine schön gearbeitete Haarnadel aus Knochen, 2 Bernsteinperlen, einige einfache Arminge aus Bronze und eine Fibel römischer Ursprungs. Diese Letztere ist von besonderer Wichtigkeit, denn ihre Form ist dieselbe, wie sie in der spätesten Kaiserzeit üblich ist. Die Leiche ist, nach den Beigaben zu urtheilen, die einer angesehenen Frau und dürfte vor etwa 16—1700 Jahren dort begraben worden sein. Der 7 Centner schwere Baumstamm mit gesammten Inhalt ist an das antiquarische Museum nach Stettin geschickt.

Ein Dorfbürgermeister von Zigeunern fortgeschleppt. Aus Wiedelheim wird folgende heitere Begebenheit berichtet: In einem schwäbischen Dorfe stahlen Zigeuner eine Gans. Der Bürgermeister begab sich in den Zigeunernwagen, um „Hausfuchung“ zu halten, aber die schlammigen Zigeuner führen eiligst mit Gans und Bürgermeister

Teppich. Sie hebt es auf und dreht es umschlüssig in den Händen hin und her. Die Adresse lautet:

„Fräulein Biola Douglas, Circus Arabien, New-York“ — ferner „Direktor R. Fulton, Circus International, Chicago“ — dann „Dr. Ralph Donald, sechste Avenue, New York“ — endlich „Dr. Donald, Ringstraße, Washington“.

Neugierig öffnet sie das Couvert und überfliegt das vier Seiten lange, fast unleserlich gefrigele Schreiben. . .

Zuerst malt sich Unwillen auf ihrem Antlitz, dann Ersinnen, bis beides tiefem Mitleiden Platz macht.

„Arme Frau!“ murmelt sie ergriffen. „Ich muß ihr sofort Hilfe schaffen.“

Schon nach einer Viertelstunde ist sie unterwegs nach New-York.

\* \* \*

Frau Forster liegt noch im Bett, obgleich es bereits Mittag ist.

Ohne anzuklopfen schlurft die Wirthin, eine schmutzige, dicke Person, herein.

„Stehen Sie auf!“ schreit sie grob. „Die Dame ist da. Kam fogar im Wagen.“

Hastig springt Frau Forster aus dem Bett. „Kam sie allein?“

„Ja. Ich soll sie doch nicht hier herauf schicken?“

Frau Forster blickt sich im Zimmer um, während sie eilig in ihre Unterkleider schlüpfte.

Das Zimmer sieht nicht weniger als einladend aus. Ein Bett, ein wurmtüchtiger Tisch, zwei zerbrochene Stühle und ein eiserner Waschtänder bilden das ganze

darvon. Dieser ahnte im Angesichte des nahen Walbes nichts Gutes, und als der Zigeunernwagen durch ein nahegelegenes Fildalldorf fuhr, fing der Bürgermeister an, aus Verdräkten zu schreiben. Allmählig wurde es den Bauern klar, was dieser Hülseruf zu bedeuten habe, und sie befreiten den Bürgermeister aus seiner nicht beneidenswerthen Lage, um ihn seiner Heimathgemeinde wieder zurückzugeben.

Ein „Rahensprung“. Aus Olmitz wird den Wiener „Freundenblatt“ geschrieben: Mit dem Sonntag 3 Uhr Früh abgegangenen Zuge der Nordbahn fuhr auch der Matrose der Kriegsmarine Rudolf Reiter nach Märzdorf. Zwischen den Stationen Hlissowitz-Bonitzow wollte Reiter von einem Durchgangswagen in den nächsten übersteigen, wobei ihm, während er auf der Plattform stand, durch einen heftigen Windstoß die Mütze entfallen wurde, die nun über den an dieser Stelle etwa 4 Meter hohen Damm floh. Ohne sich lange zu besinnen, rief Reiter den Mitreisenden zu, daß er seiner Mütze nachspringen müsse und thatsächlich sprang er im nächsten Momente zum allernächsten Entsetzen von dem Waggon über den hohen Damm hinweg. Auf Werbung des Konduktors ließ der Stationsleiter von Bonitzow sofort die Strecke durchsuchen, doch was von dem Matrosen keine Spur zu entdecken. Zwei Gestalten des Stationsleiters kam jedoch am nächsten Vormittag der Matrose ins Bureau, meldete, daß er „ein wenig“ abgesprungen sei und nun komme, um sein im Waggon vergriffenes Gepäck zu holen. Als der Stationsleiter das National des Matrosen verlangte und ihm die möglichen Folgen seines tollkühnen Verhaltens vorhielt, erwiderte dieser wütend: „Aber Herr Vorsteher, ich bin Matrose der Kriegsmarine, heiße Rudolf Reiter, bin aus Pola und springe sehr oft von einem zwanzig Meter hohen Masten ins Wasser — also machen Sie wegen so eines Rahensprunges nicht so viel Aufhebens, denn hätte ich meine Mütze gleich gefunden, wäre ich ja, da der Zug ganz gemächlich gefahren ist, auch wieder aufgesprungen.“ Sprach's, salutirte und empfahl sich.

Von Südsce-Zufuhrern getödtet. Anfangs dieses Jahres kehrte der Dampfer „Titus“ von einer Rundfahrt durch die Südsce nach Adelaide zurück und brachte die Nachricht mit, daß auf den Lord Howe-Inseln abermals ein europäischer Händler, der für die Firma Forst & Co. dort thätig war, muthmaßlich ermordet worden ist. Ferner erfuhr man, daß Eingeborene von Maravo (Solomon's Inseln) einen andern Händler, Johann Pratt, zu ermorden versucht haben. Als Pratt mit seinem Schoner „Eclipse“ an der Insel vor Anker ging, kamen die Wilden in sieben Kähnen, um Waaren zum Tausch anzubieten. Während der Händler in der Kajüte sich nach etwas hütelte, sank die Art eines Häuptlings nieder und verletzten Jenen schwer an der Schulter, doch besah Pratt noch so viel Kraft und Geistesgegenwart, sich zurückzuwenden und den Angreifer niederzuschießen. Der Steuermann erschoss zwei andere, welche ihm zu Leibe gingen, und darauf ergriffen die Uebrigen die Flucht. Der Ueberfall war offenbar schon geplant, und Pratt versch sich dessen um so weniger, als er bereits seit sieben Jahren in jenen Gegenden Handel treibt.

### Standesamtliche Nachrichten.

Vom 6. bis 12. Februar 1898.

#### Schwarzen.

- a) Knaben. Namen und Beruf des Vaters.
- 31. Januar. Bierhändler Karl Hans Friedrich Bredfeldt.
- 2. Februar. Arbeitsmann Heinrich Friedrich Johannes Poppenitz, Trems.
- 3. Fuhrmann Julius Adamus Friedrich Böbing.
- 4. Maurer Johann Julius Ferdinand Werner. Pöhlhülfsbote Theodor Joachim Georg Heinrich Ernst Fied. Bezirksfeldwebel Matthias Zimmermann.
- 5. Telegraphenarbeiter Gustav Ludwig Friedrich Stolte. Schreiber Heinrich Matthias Johannes Köstler. Wäcker August Theodor Johann Wilhelm Heinrich Friedrich Leonhard.
- 6. Kaufmann Gustav Emil Karl Wolkoff. Arbeitsmann Johannes Christian Heinrich Hermann Zahnte. Schlossergeselle Carl Adolph

Meublement. Dazwischen stehen und liegen alle möglichen Sachen: ein abgenagter Coteletteknochen, ein halbgeleertes Bierkrug, ein paar Stücken trockenes Brod, eine Flasche Haarföl, eine Schachtel rosa Fettpulver, mehrere Kohlenstifte, eine Lampe ohne Glöde, Haarnadeln, ein Spiel Karten und verschiedene ziemlich unsaubere Kleidungsgegenstände.

Dabei bietet dieses Durcheinander nicht einmal irgend welchen malerischen Effekt. Es ist nicht das Bild der Armut, wie es ein gewandter Regisseur auf der Bühne dem dankbaren Publikum vor Augen führt — es ist ein nacktes, trostloses Elend. . .

„Soll ich sie herausschicken?“ fragt die Wirthin nochmals. „Ich habe sie in's Wohnzimmer gewiesen. — Was suchen Sie denn?“

„Meine Schuhe. Suchen Sie einmal unter dem Stuhl nach! Immer, wenn man etwas braucht, ist es nicht da!“

„Sie sind aber auch zu unordentlich. Hier, nehmen Sie meine! Wenn sie Ihnen auch zu groß sind, die Treppe hinunter werden Sie schon damit kommen.“

„Schnell, das nasse Handtuch her! Wo ist denn mein Jacket . . . Nicht da? Schadet nichts. Her mit dem Handtuch!“

Vor dem Spiegel reibt sie hastig die von gestern hängengebliebenen Schminckreste vom Gesicht weg. Die Arme in die Hüften gestemmt, guckt die Wirthin zu.

„Wollen Sie Puder und Kohlenstift?“

„Danke. Heute nicht.“

„Vergeffen Sie nicht, was aus ihr rauszuquetschen! Sie haben's mir versprochen —“

- Ludwig Johannes Petersen. 7. Maschinist Carl Wilhelm Senne-
- nicht. 8. Steuermann Peter August Martin Janien. Schlosser-
- geselle Joachim Peter Heinrich Carl Venzlow. Arbeitsmann Hei-
- nrich Friedrich August Koop. 9. Arbeitsmann Johann Joachim
- Heinrich Frank. Beamter der Deutschen Lebens-Versicherungs-Ge-
- sellshaft August Erasmus Christian Emil Wöller. Kaufmann
- Adolph Erikus Heinrich Heyde. Arbeiter Eden Andersen. 10.
- Arbeitsmann Johann Heinrich August Dehnde. Schleifer Christian
- Zohusen.

#### b) Mädchen. Name und Beruf des Vaters.

- 30. Januar. Arbeitsmann Johann Joachim Christian Koop.
- Schlichter Ludwig Christian Graf Wötker. Arbeitsmann Johann
- Karl Heinrich Wötker. 31. Schlossergeselle Franz Wilhelm Hei-
- nrich Eichenlager. 1. Februar. Arbeiter Johann Joachim Wie-
- 2. Brauergeselle Johann Heinrich Joachim Oldesop. 3. Konditor
- Friedrich Carl Carl Braune. Arbeitsmann August Hermann
- Mogk. Wilhelmshöhe. Arbeitsmann Heinrich Rudolf Friedrich
- Mäder. 5. Holzhändler Christian Johann Heinrich Wöller. Lager-
- arbeiter Carl Joachim David Bruhn. Schornsteinfegermeister
- August Julius Theodor Kasse. 6. Milchfuhrmann Johann Fried-
- rich Christoph Dürkop. Tischlergeselle Johann Heinrich Carl Wich-
- mann. 7. Arbeitsmann Johannes Carl Heinrich Stoffers. Peter
- Franz Wilhelm Heinrich Friedrichs. Arbeitsmann Johann Peter
- Heinrich Baerdt. Vorkrüger Johann Georg Christian Boden.
- 8. Kranzli der Eisenkammer Adolph Heinrich Christian Schröder.
- Vorarbeiter Carl Wilhelm Eich. Kanzlist des Hypothekensamts
- Carl Johann Andreas Strauß, Zwillinge. Arbeitsmann Gustav
- Heinrich Friedrich Schwan. 9. Arbeitsmann August Heinrich
- Gustav Koppermann. Eisenbahn-Bureau-Affistent Gustav Heinrich
- Wilhelm Müller. 10. Anfertiger Carl Johann Heinrich
- hannemann. Arbeitsmann Johann Joachim Heinrich Meißmann.
- Arbeitsmann Johann Joachim Heinrich Frohrie. 11. Arbeits-
- mann Friedrich Carl Hans Kleinfeld. 12. Arbeitsmann Dettel
- Christian Regel.

#### Storbefälle.

- Februar. 5. Lena (Magdalena) Maria geb. Böckow, Wittwe
- des Schmieders Johann Heinrich Greer, 60 J. 6. Marie Doro-
- thea Sophie geb. Dünning, Ehefrau des Arbeitsmannes John
- Berthow, 59 J. Privatmann Hermann Johann Claus Wille,
- 78 J. 7. Privatmann Friedrich Gottlieb Nahe, 79 J. Christiane
- Lina Helene Carola Schmidt, 12 J. Antoinette Wilhelmine
- Dorothea Koch, 52 J. Friedrich Carl Demmecher, 1 M. 8. Ar-
- beitsmann Heinrich Friedrich Georg Heimers, 75 J. 9. Wilhel-
- mine Helene Vertha Köner, 3 M. Dorothea Elisabeth geb. Rod,
- Witwe des Arb-Benannes Joachim Heinrich Damm, 78 J. Carl
- August Heinrich Friedrich Wulf, 2 J. Friseur Schneider Adolph
- Daniel Dieblich Köpke, 84 J. Engel Maria geb. Miran, Wittwe
- des Fleisches Wilhelms Carl Anton Johann Bohlmann, 70 J.
- Handelmann Carl Friedrich Helmuth Böhrer, 32 J. 10. Helene
- Catharina Dorothea Charlotte Hansen, 4 M. Wilhelmine Friede-
- rike Dorothea Johanna Klempen, 2 J. 11. Soppia Christiana
- Amelia geb. Regier, Ehefrau des Wirtes Johann Wilhelm Hein-
- rich Wulf, 63 J. Minna Caroline geb. Adnussen, Ehefrau des
- Väters August Theodor Johann Wilhelm Heinrich Friedr. Leon-
- hard, 21 J. Hermann Martin Friedrich Greer, 3 J. Alma
- Minna Maria Schuppenhauer, 8 J. Riecht Carl Ludwig Stenzel,
- 52 J. 12. Clara Adolfsine Therese Mebius, 2 J.

#### Ungeordnete Aufgebote.

- Februar. 7. Revisionsausscher Friedrich Wilhelm Schulze und
- Elisabeth Engel. Stabs- und Bataillonarzt Dr. med. Bernhard
- Heinrich Alexander Dorn zu Hagenau i. G. und Marie Helene
- Margarethe Hoffmann. 8. Kaffeehan und Baununternehmer Heir.
- Georg Adolt Bläse und Elisabeth Christiane Sophie Ritter zu
- Wödelin. Schriftfeger Otto Ernst Brenthien und Caroline Maria
- Friederike geb. Wulf, des Antikers Heinrich Johann Johann
- Christian Johannmuth geschiedene Ehefrau. 9. Wäckergelelle Carl
- Blau und Pauline Elisabeth Auguste Berthold. Privatmann Ana.
- Matthias Heinrich Ernst und Mathilde geb. Sandberg, des Kunst-
- malers und Professors Eugen Anton Herbitzler gen. Güssen Wittwe.
- 10. Kaffschiffer Jakob Heinrich Wilhelm Möller und Emilie Soppia
- Dorothea Landau. Wäcker Wilhelm Heinrich Friß Jacobs und
- Wilhelmine Caroline Emma Pogge. 11. Handlungsgeselle Johs.
- Kiene und Pauline Helene Elisabeth Melecke. 12. Wirthschafter
- Glass Heinrich Pingel zu Cronsförde und Maria Catharina Anna
- geb. Sals, des Erbpfichters Carl Johann Daniel Schwanbroch Wwe.
- an Kronpelsdorf. Wäckergelelle Wilhelm Ludwig Joh. Ferdinand
- Hannant und Emma Henriette Sophie Busch.

#### Geschickungen.

- Februar. 8. Weichschifführer Friß Heinrich Wilhelm Mäse und
- Wilhelmine Wigger. Tapezierer Carl Franz Joseph Weder und
- Catharina Maria Anna Dorothea Margaretha Schütt. 10. Ar-
- beiter Carl Johann Heinrich Christian Hermann und Emma
- Soppia Christiana Ritter. Wäcker Friedrich Kräger zu Daffow und
- Marie Charlotte Johanna Grabe. Mechanikergeselle Friedrich
- Gustav Kapito und Engel Dorothea Meise. 12. Schuhmacher-
- geselle Friedrich Johann Beruhard Westfahl und Johanna Doro-
- thea Louise Kasten (Carlten.)

„Gut, gut! Sie werden Ihr Geld schon kriegen. Ich wickele das Mädchen um den Finger. Sie sehen, ich habe gesagt, sie kommt heute — und da ist sie. Wie seh' ich aus?“

Damit wendet sie sich dem Fenster zu, so daß die hellen Sonnenstrahlen ihr weißes, graubleiches Gesicht bescheinen. In allen möglichen Farben schillernd hängt ihr Haar krähmig um die durchfurchte Stirn.

Verwundert darüber schlägt die Wirthin die Hände zusammen.

„Na, Sie machen sich gut ohne Schminke und Puder! Ich danke! Wenn das die Dame nicht rührt —! Nun hinunter? Sie können Ihren Regenmantel auf der Treppe zuknöpfen.“

Als Frau Forster das kleine Wohnzimmer betritt, bleibt sie mit abwehrend ausgestreckten Händen auf der Schwelle stehen, als sehe sie ein Gespenst. . . . Dann taumelt sie ein paar Schritte vorwärts und sinkt der auf einem Stuhl am Fenster sitzenden Dame zu Füßen. „Irene, theuere, geliebte Irene!“

Schnell steht Irene auf und legt ihren Arm um die Kniende, welche die behandschuhten Hände des Mädchens mit Küffen bedeckt.

„Steh' auf, Arabella!“

„Nein, nein! Nicht eher, als bis Du mir gesagt hast, daß Du mir verzeihst!“

„Ich habe nichts zu verzeihen. Du thatest es nicht absichtlich.“

(Fortsetzung folgt.)